

1 Vorwort	4
2 Rechtsextremismus	6
2.1 Entwicklungstendenz	6
2.2 Neonazismus	7
2.2.1 Ideologische Standorte Programm der NSDAP für Neonazis noch gültig	7
2.2.2 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).....	7
2.2.3 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)	10
2.2.4 Der Deutsche Weg (DW)	10
2.2.5 Deutsche Alternative (DA)	11
2.2.6 Nationalistische Front (NF)	11
2.2.7 Nationale Offensive (NO).....	14
2.2.8 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG).....	15
2.2.9 Initiative Gesamtdeutschland (IG).....	16
2.2.10 Freundeskreis Deutscher Sozialisten (FDS).....	17
2.2.11 "Anti-Antifa"	18
2.3 Fremdenfeindliche Straftaten/Rechtsterrorismus*	19
2.4 Skinheads	20
2.5 "National-Freiheitliche" Organisationen.....	24
2.5.1 Deutsche Volksunion (DVU)	24
2.5.2 Deutsche Volksunion e.V. (DVU).....	27
2.6 "Nationaldemokratische" Organisationen	27
2.6.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	27
<i>Zielsetzung</i>	28
2.6.2 Junge Nationaldemokraten (JN)	30
2.6.3 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB).....	30
2.7 Sonstige rechtsextremistische Organisationen	31
2.7.1 Deutsche Liga für Volk und Heimat (Deutsche Liga)	31
2.7.2 "Die Republikaner" (REP) - Landesverband NRW	33
2.7.3 Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf (FWG)	36
2.7.4 "Die Bürger"	37
2.7.5 Wiking-Jugend (WJ)	37
2.8 Sogenannte Kultur- und Weltanschauungsorganisationen	37
2.8.1 Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)*	38
2.8.2 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK)	39
2.9 Propagandamaterial aus dem Ausland	39
3 Linksextremismus	41
3.1 Entwicklungstendenzen	41

3.2 Deutscher linksextremistischer Terrorismus.....	42
3.2.1 Rote Armee Fraktion (RAF) und Umfeld.....	42
3.2.2 Revolutionäre Zellen (RZ).....	46
3.2.3 Sonstiges terroristisches Umfeld	47
3.3 Gewaltbereites autonomes Spektrum	48
Strukturen	48
3.4 Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten.....	51
3.4.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	52
3.4.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ).....	55
3.4.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	55
3.4.4 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)	57
3.4.5 Marxistische Gruppe (MG).....	57
4 Ausländerextremismus und -terrorismus	59
4.1 Entwicklungstendenz	59
4.2 Türken.....	59
4.2.1 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADUTDF) - Türk Föderation -	59
4.2.2 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (KAPLAN- Verband).....	60
4.2.3 DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke).....	60
4.2.4 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) .	61
4.2.5 DEVRIMCI YOL (Revolutionärer Weg).....	61
4.2.6 Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (DIDF).....	62
4.2.7 Sonstige Aktivitäten türkischer Linksextremisten	63
4.2.8 Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Türken	63
4.3 Kurden.....	64
4.3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).....	64
4.3.2 Kurdistan-Komitee in der BRD e. V.	66
4.3.3 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	67
4.4 Iraner.....	67
4.4.1 Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V. (IMSV)	67
4.4.2 Ermordung iranischer Kurden in Berlin	69
4.5 Islamische Extremisten	69
4.6 Auswirkungen des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien.....	69
4.7 Strafverfahren gegen IRA-Aktivisten	70
4.8 Linksextremistische Ausländer solidarisieren sich mit peruanischer Terrororganisation	70

4.9 Gewaltsame Reaktionen von Ausländern auf rechtsextremistische Übergriffe	70
5 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten	72
5.1 Ausgeführte Gewalttaten.....	72
5.2 Angedrohte Straftaten	74
6 Spionageabwehr.....	75
6.1 Nachrichtendienste der ehemaligen DDR.....	75
6.2 Östliche Nachrichtendienste.....	75
6.2.1 Russische Nachrichtendienste.....	75
6.2.2 Sonstige östliche Nachrichtendienste	76
6.3 Nachrichtendienste Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens	76
6.3.1 Iran	76
6.3.2 Libyen	77
6.3.3 Irak.....	77
6.4 Atomschmuggel/Proliferation von Vernichtungspotential	77
7 Maßnahmen im Bereich des Justizministeriums	79
7.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten.....	79
7.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten	79
Anlage: Entwicklung des NADIS-Datenbestandes.....	80
.....	80

1 Vorwort



In dem vorliegenden Verfassungsschutzbericht für das Land Nordrhein-Westfalen 1992 nimmt der Rechtsextremismus breiten Raum ein. Das öffentliche Erscheinungsbild des Rechtsextremismus war geprägt von einer Welle der Gewalt gegen Ausländer.

Die tagelangen ausländerfeindlichen Krawalle in Rostock im August und der Brandanschlag von Mölln im November 1992 stehen als bedrückende und aufrüttelnde Ereignisse für diese Entwicklung in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Nordrhein-Westfalen war und ist wie alle Länder davon betroffen. Gemessen an der Einwohnerzahl unseres Landes liegt die Häufigkeit fremdenfeindlicher Straf- und Gewalttaten auf einem mittleren Platz. Die Ereignisse im Jahr 1992 wiegen angesichts der fortgesetzten Übergriffe gegen Ausländer im 1. Halbjahr 1993 noch schwerer. 218 Gewalttaten in diesem Zeitraum, darunter die fünf Opfer des Brandanschlags von Solingen vom Mai 1993, mahnen uns, unsere Anstrengungen zu verstärken.

Gefordert sind nicht nur Politik, Polizei und Verfassungsschutz: Jedermann ist aufgerufen, im Betrieb, in der Nachbarschaft und in seinem Lebensbereich gegen Gewalt und rassistische Verblendung einzutreten.

Denn die bisherigen Erkenntnisse zeigen, daß die Gewalttaten aus allen Bereichen der Gesellschaft heraus begangen werden. Eine Steuerung und Planung durch rechtsextremistische Organisationen ist bisher nicht erkennbar. Sie bedürfen dessen nicht: sie schaffen den Geist, in dem andere tätlich und tödlich werden.

Eine Analyse von rund 800 verdächtigen Personen aus Nordrhein-Westfalen hat bei nur 12% der Tatverdächtigen einen rechtsextremistischen Vorlauf ergeben, 88 % waren zuvor nicht als Rechtsextremisten aufgefallen. Diese sogenannten "Einzeltäter" sind in ihrer großen Zahl gefährlicher als organisierte Täter, weil sich die Taten mit den Mitteln von Polizei und Verfassungsschutz nur schwer vorhersehen oder verhindern lassen. Rechtsextremistische Organisationen distanzieren sich meist nach außen hin von solchen Gewalttätern, gleichwohl macht ihre oft hemmungslose, von rassistischen Elementen durchdrungene Argumentation deutlich, daß sie die Gewaltakte als eine Form der Auseinandersetzung zwischen Völkern und Rassen ansehen und - jedenfalls zum Teil - billigen. Sie bereiten mit ihrer

Propaganda den Nährboden für derartige Ausschreitungen. Der Staat muß diese Gruppen politisch und mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen, auch mit Verboten, wo es angezeigt ist.

Polizei und Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen haben verstärkte Anstrengungen unternommen, um unsere ausländischen Bürger zu schützen, Straftäter zu ermitteln und um Informationen für die Politik und die Öffentlichkeit zu sammeln. Entscheidend ist jedoch, daß wir alle uns aktiv für ein friedliches Miteinander einsetzen.

Die Entwicklung im Bereich des Linksextremismus, des Terrorismus, der Spionageabwehr und des Ausländerextremismus wurde auch 1992 sorgfältig beobachtet und im vorliegenden Bericht dokumentiert. Die dortigen Entwicklungen haben jedoch die innenpolitische Diskussion bei weitem nicht in dem Maße beeinflußt wie der gewalttätige und menschenverachtende Rechtsextremismus.

Wenn auch zum Beispiel im Jahre 1992 keine spektakulären terroristischen Anschläge zu verzeichnen waren, ist nach wie vor höchste Wachsamkeit geboten. Der Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt im Februar 1993 hat deutlich gemacht, daß der Terrorismus nicht am Ende ist.

Die politischen und ethnischen Konflikte in der Welt werden zum Teil auch zwischen Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragen. Angesichts der Vielzahl menschlicher Kontakte und politischer und wirtschaftlicher Beziehungen in alle Welt können wir uns in Europa nicht abschotten. Die Ursachen für den politischen Extremismus von Ausländern lassen sich überwiegend nur in den Heimatländern beseitigen. Ihre Auswirkungen zeigen sich jedoch auch bei uns. Wir müssen auch hier die Entwicklungen sorgfältig beobachten und Gefahren wirksam begegnen.

Ich hoffe, der vorliegende Bericht findet mit seinen umfassenden Informationen Eingang in eine breite öffentliche Diskussion.

Düsseldorf, im September 1993

(Dr. Herbert Schnoor)

2 Rechtsextremismus

2.1 Entwicklungstendenz

Das öffentliche Erscheinungsbild des Rechtsextremismus wurde 1992 durch eine bis dahin beispiellose Welle der Gewalt gegen Asylbewerber und Ausländer geprägt. Insbesondere nach den am Abend des 22. August 1992 in Rostock aufgeflamnten Ausschreitungen ist die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten auch in Nordrhein-Westfalen erheblich gestiegen. Die Mehrzahl der rechtsextremistisch motivierten Taten wurde von Jugendlichen, zumeist ohne organisatorische Anbindung, verübt. Vereinzelt waren jedoch auch Anhänger rechtsextremistischer Gruppen beteiligt. Motivierend für diese Jugendlichen war sicherlich die kontinuierlich ausländerfeindliche Propaganda nahezu sämtlicher rechtsextremistischer, insbesondere neonazistischer Organisationen.

Unter den neonazistischen Organisationen in Nordrhein-Westfalen konnte die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) ihre führende Stellung behaupten. Ihr Verbot fiel - da es sich um eine bundesweit auftretende Gruppierung handelt - sowohl parteien- als auch vereinsrechtlich in die Zuständigkeit des Bundes. Verboten wurden Ende 1992 die Organisationen

- *Nationalistische Front (NF)*
- *Deutsche Alternative (DA)*
- *Nationale Offensive (NO).*

Der organisierte Rechtsextremismus sieht seine künftigen Chancen, im politischen Spektrum erstmals eine gewichtige Rolle zu spielen, optimistisch, da er davon ausgeht,

- *daß die Wahlergebnisse sowie die aktuellen Meinungsumfragen nicht einer bestimmten Partei (DVU, REP) zuzurechnen seien, sondern als grundsätzlicher und*
- *anhaltender Rechtsruck in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gewertet werden könnten*
- *daß der in den Augen der Öffentlichkeit ungehinderte Zustrom von Asylbewerbern, Aussiedlern, Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen weiterhin für vielfältige Probleme Sorge, die kurzfristig nicht lösbar sind, und daher zu einer dauerhaften Festigung rechtsextremer Strukturen (Parteien, Vereine, fester Wählerstamm) führen werde*
- *daß die mit der Wiedervereinigung verbundenen sozialen und finanziellen Schwierigkeiten sowie zunehmende Wohnungsnot ihm vermehrt Wähler zuführen werden*
- *daß sich im europäischen Raum ethnische Gruppen zu eigenen Staaten formieren und plastische Beispiele für die von Rechtsextremisten propagierte These von "einem Volk und einem Land" liefern*

Die Zahl der Mitglieder im Bereich des organisierten Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen betrug Ende 1992 unter Abzug von Doppelmitgliedschaften etwa 8 400 (1991: 8.000). Hinzu kommen etwa 400 neonazistisch orientierte Skinheads.

2.2 Neonazismus

2.2.1 Ideologische Standorte Programm der NSDAP für Neonazis noch gültig

Die politischen Forderungen der Neonazis von heute entsprechen im wesentlichen noch dem 25-Punkte Parteiprogramm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) aus dem Jahre 1920. Die Neonazis propagieren einen totalitären Staat auf der Grundlage des Elite- und des Führerprinzips, der

- die eigene Rasse als höherwertig gegenüber anderen Rassen einschätzt und daher das deutsche Volk vor rassisch "minderwertigen" Ausländern, insbesondere vor einer "Völkervermischung" bewahren will, und der
- die eigene - ohnehin völkisch verstandene - Nation zum höchsten Schutzgut stilisiert, dem sich die Interessen anderer Nationalitäten unterzuordnen haben.

Nationalrevolutionäre

Noch vor rund fünfzehn Jahren bildeten HITLER und das von ihm repräsentierte "Dritte Reich" die einzige Idealvorstellung deutscher Neonazis. Danach mehrten sich aber auch neonazistische Stimmen, die HITLER wegen des Paktes mit dem kapitalistischen Bürgertum Verrat an der wahren revolutionären Idee des Nationalsozialismus vorwarfen. Die Vertreter der frühen ideologischen Phase des nationalrevolutionären Sozialismus, die Brüder Dr. Otto und Gregor STRASSER, Ernst NIEKISCH als Nationalbolschewist und der SA-Stabschef Ernst RÖHM, verdrängten in der Folgezeit bei den Nachkriegsnazis vielerorts HITLER aus seiner Leitbildfunktion. HITLER wird heute von den Nationalrevolutionären als "verbürgerlichte Perversion" des Nationalsozialismus apostrophiert, durch den die Revolution verraten und paralysiert worden sei, weil HITLER "sich an den Busen der Hochfinanz geworfen" habe.

2.2.2 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Bundesgeschäftsstelle: Halstenbek
Mitglieder: 220 Bund (1991: 150)
160 NRW (1991: 140)
Publikation: Neue Nation

Die FAP proklamiert die Ideologie des Nationalsozialismus:

"Nationale Idee und Sozialismus gehören für uns von der FAP zusammen. Sie bilden eine untrennbare Einheit auf dem Weg der völligen Neugestaltung unseres Landes nach dem Vorbild einer Ordnung, die ihre Effektivität bereits bewiesen hat . . ." ("FAP-Intern" 1/90).

Entwicklung

Sie konnte ihre führende Stellung unter den bundesweit organisierten neonazistischen Organisationen festigen und die sich 1991 vor allem an der Person ihres Bundesvorsitzenden Friedhelm BUSSE aus München festzumachenden Querelen

beilegen. Nach wie vor bildet der Landesverband Nordrhein-Westfalen die stärkste Gruppierung innerhalb der Gesamtpartei. Der Anstieg der Mitgliederzahl in Nordrhein-Westfalen ist hauptsächlich auf den Eintritt von Skinheads zurückzuführen.

Die FAP bringt nur sporadisch die Publikation "Neue Nation" in einer geschätzten Auflage von 500 Exemplaren heraus. Die Tendenz der Auflagenentwicklung ist sinkend.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung der FAP-Agitation betrifft im wesentlichen:

Agitationsschwerpunkte

- *Ablehnung der demokratischen Grundordnung,*
- *Ablehnung einer "Überfremdung" des deutschen Volkes,*
- *Ablehnung von "Scheinasylanten"*
- *Ablehnung der Europäischen Gemeinschaft,*
- *Bekämpfung des NSDAP-Verbot.*

Den Hauptanteil der Agitation nimmt der Komplex Ausländer und Asylbewerber ein. In ihrem Programm "Unser Weg in das neue Jahrtausend" fordert die FAP "Ausländerrückführung nach Volksabstimmung", "Keine Aufnahme von Scheinasylanten", "Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter". Durch die "drohende massive Völkervermischung" verlören sowohl die Deutschen als auch die Einwanderer "ihre kulturelle und sprachliche Identität".

Bundesparteitag

Am 14. März 1992 nahmen in Obersdorf (Kreis Strausberg/Brandenburg) 150 bis 200 Neonazis am Bundesparteitag der FAP teil, darunter etwa 70 bis 80 Skinheads. Der Bundesvorsitzende Friedhelm BUSSE hob in seiner Eröffnungsrede den Landesverband Nordrhein-Westfalen als aktivsten und mitgliederstärksten hervor. In Zukunft solle aber der Raum Berlin/ Brandenburg den Schwerpunkt der Parteiarbeit bilden. Außerdem sei eine Beteiligung der FAP an der Bundestagswahl 1994 geplant. BUSSE sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende Siegfried BORCHARDT aus Dortmund wurden in ihren Ämtern bestätigt.



Aktivitäten des Landesverbandes NRW

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen gestaltete 1992 eine intensive und nach außen wirksame Parteiarbeit:

- *Etwa 100 Neonazis beteiligten sich am 8. Februar 1992 in Bonn an einer von der FAP durchgeführten Demonstration unter dem Motto "Ausländerflut stoppen - Deutschland den Deutschen", die auch als Protestveranstaltung gegen die Ausweisung und Abschiebung des Vorsitzenden des FAP-Landesverbandes Niedersachsen geplant war.*
- *Eine für den 30. Mai 1992 geplante öffentliche Veranstaltung, die unter dem Motto "Kein Denkmal für den Massenmörder HARRIS - Im Gedenken an die vom alliierten Bombenterror ermordeten deutschen Volksgenossen - Wir vergessen nichts" vor der britischen Botschaft in Bonn stattfinden sollte, wurde im Vorfeld vom Polizeipräsidenten Bonn verboten. Die FAP hielt sich an das Verbot. Ihre Anhänger etwa 35 Personen - trafen sich am 30. Mai in einer Gaststätte bei Hennef zu einer internen Veranstaltung unter Beteiligung ihres Bundesvorsitzenden.*
- *Am 9. September 1992 fand in Bonn-Endenich unter Beteiligung von etwa 50 Personen eine Gemeinschaftsveranstaltung des FAP-Kreisverbandes Bonn/Rhein-Sieg und der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) statt.*
- *Ein Mitglied der FAP rief die Anwesenden zur Zurückhaltung bei eventuellen "Randalen" im Zusammenhang mit Asylbewerbern auf. Die FAP habe zwar*

schon vor zehn Jahren vor dem entstehenden Volkszorn "durch Überfremdung" gewarnt, gleichwohl könne das Problem, auch um das Ansehen der FAD nicht zu schädigen, nur mit rechtmäßigen Mitteln gelöst werden. Ein HNG-Mitglied berichtete über den Prozeß in Stuttgart und behauptete, durch geschicktes Vorgehen der Anwälte und Angeklagten sei es gelungen, den Prozeß hinauszuzögern und unübersichtlich zu machen.*

- *Der FAP-Bundesvorsitzende Friedhelm BUSSE beglückwünschte die Deutsche Volksunion (DVU) und die "Republikaner" zu ihren Wahlerfolgen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg und bezeichnete sie als "Durchlauferhitzer" für eine endgültig national geeinte "Rechte".*
- *Etwa 80 Anhänger der FAP nahmen am 17. Oktober 1992 in Hennef an einem Treffen des FAP Landesverbandes teil. Der Landesvorsitzende Siegfried BORCHARDT erklärte, trotz Haft** und staatlicher Repression werde er weiterhin zur FAP stehen und sich für ihre politischen Ziele einsetzen.*

* Vor dem Landgericht Stuttgart ist seit Februar 1991 gegen führende Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen § 85 StGB anhängig. Den Angeklagten wird vorgeworfen, die 1983 verbotene Aktionsfront Nationaler Sozialisten Nationale Aktivisten (ANS NA) weitergeführt zu haben.

** BORCHARDT war u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten verurteilt worden

2.2.3 Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)

KÜHNEN-Anhänger

Die GdNF war keine eigenständige Organisation, vielmehr wurden unter dieser Bezeichnung alle Anhänger des im April 1991 verstorbenen KÜHNEN subsumiert. Politisch aktiv sind diese heute im Rahmen regionaler Organisationen. Die Bezeichnung GdNF ist nur noch für das Redaktionskollektiv "Die Neue Front" mit Kontaktanschrift in den Niederlanden anwendbar.

Seit dem Tod KÜHNENS galt der Österreicher KÜSSEL* als sein Nachfolger. Zur Fortführung der von KÜHNEN hinterlassenen Strukturen erließ KÜSSEL 1991 neue Richtlinien. Seinen Vorstellungen zufolge sollte es eine Zweiteilung in legal arbeitende regionale Parteien und Kameradschaftskader in allen Ländern geben. Diese Neuorientierung sollte staatliche Verbote bundesweit tätiger Organisationen erschweren. Die Idee der Regionalparteien bricht mit dem Konzept KÜHNENS nach bundesweiter Ausdehnung einer Partei, nämlich der "Deutschen Alternative" (DA) als "parteipolitischer Arm" der GdNF. Folge dieser Neuorientierung war für Nordrhein-Westfalen die Gründung der regionalen Organisation "Der Deutsche Weg" (DW) am 20. Oktober 1991.

* Gegen KÜSSEL wurde im Mai 1991 durch das BMI ein Einreiseverbot erlassen, im Januar 1992 wurde KÜSSEL in Wien verhaftet. Treibende Kraft ist nunmehr der Hamburger Neonazi und Funktionär der "Nationalen Liste" (NL), Christian WORCH.

2.2.4 Der Deutsche Weg (DW)

Geschäftsstelle: Duisburg
Mitglieder: ca. 30 NRW

Am 4. April 1992 versammelten sich in Duisburg ca. 35 Neonazis zur konstituierenden Sitzung des DW. Der Landesvorsitzende wurde bereits bei der informellen Gründung des DW am 20. Oktober 1991 in Bielefeld gewählt.

Ein Funktionär der Landespartei "Deutsches Hessen" (DH) betonte als Hauptredner die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit im nationalen Lager nach dem Motto "Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen!".

Der DW hat 1992 keine weiteren Aktivitäten entwickelt. Aktivitäten sind jedoch auch in der Betätigung der DW-Mitglieder für die "Deutsche Alternative" zu sehen.

2.2.5 Deutsche Alternative (DA)

Sitz: ehemals Cottbus
Mitglieder (zuletzt) 340 Bund (1991: 350)
30 NRW (1991: 30)

Die DA wurde im Mai 1989 in Bremen gegründet. Sie ging aus dem Landesverband Bremen der FAP hervor, der zu diesem Zweck aufgelöst wurde.

Verbot der DA

Am 10. Dezember 1992 hat das Bundesministerium des Innern (BMI) die DA auf der Grundlage des Vereinsgesetzes verboten und gleichzeitig den sofortigen Vollzug angeordnet. Das BMI stellte fest, die DA habe gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen. Ihre aggressiv-kämpferische Einstellung ziele darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

In Wort und Tat verherrliche die extrem ausländerfeindlich eingestellte DA Persönlichkeiten des Dritten Reiches.

Insgesamt wurden bei etwa 60 bundesweit (u. a. in Duisburg und Köln) durchgeführten Maßnahmen Wohnungsdurchsuchungen, Postfach- und Kontenbeschlagnahmen) überwiegend Schrift- und Propagandamaterial, Adressenlisten, Bürogeräte, Funkgeräte und einige Waffen (Schreckschußpistolen, Luftgewehr, Wurfsterne und Schlagstöcke) gefunden.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag eindeutig in den fünf neuen Ländern, gleichwohl traten auch in Nordrhein-Westfalen Neonazis als DA-Mitglieder auf. Die DA verstand sich als ideologischer Zusammenschluß von Neonationalsozialisten. Sie wollte eine politische Plattform bieten, die dazu führen sollte, die Neugründung der NSDAP zu ermöglichen. Ihre Programmatik entsprach in vielen Punkten dem 25-Punkte-Programm der NSDAP.

2.2.6 Nationalistische Front (NF)

Sitz: ehemals Detmold
Mitglieder (zuletzt): 60 Bund (1991: 130)
40 NRW (1991: 60)
Publikation: Aufbruch



Die 1985 gegründete NF strebte den Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs zu einem deutschen Volksstaat an, der in Form einer sozialistischen Volksgemeinschaft errichtet werden sollte. Über eine "antikapitalistische Sozialrevolution" und eine "antimaterialistische Kulturrevolution" sollte dieses Ziel erreicht werden. Als Zwischenspiel auf diesem Wege wurde die "Zerschlagung jeder mensch-, volks- und lebensfeindlichen ökonomischen Machtstruktur" propagiert und der "Kampf gegen Kapitalismus und Kommunismus" gefordert. In ihrer Satzung bezeichnete sich die NF als zugehörig "zur weltweiten Bewegung des sozialrevolutionären Befreiungsnationalismus".

Führungskrise

Mitte Mai 1992 befand sich die NF in einer Führungskrise. Aus nicht bekannten Gründen hatte der Bundesvorsitzende, Meinolf SCHÖNBORN aus Bielefeld, im Anschluß an eine Sitzung der NF-Organisationsleitung am 16. Mai 1992 in Bad Hersfeld nach massiven Auseinandersetzungen mit seinen Spitzenfunktionären gegen den stellvertretenden NF-Vorsitzenden und Leiter des NF-Bereiches Mitte ein Parteiausschlußverfahren beantragt und ihn zum Auszug aus dem NF-Zentrum in Detmold gezwungen. Ein Parteifunktionär aus Detmold wurde von SCHÖNBORN aus der Partei ausgeschlossen, der 1. Beisitzer wegen "Unfähigkeit" seines Amtes enthoben.

Mit einem Sonderparteitag am 27. Juni 1992 in Hetendorf, dem eine außerordentliche Mitgliederversammlung vorausging, wurden die Differenzen zumindest oberflächlich beseitigt. SCHÖNBORN wurde erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt, die von ihm getroffenen Personalentscheidungen wurden nicht kritisiert.

NF plante "politischen Kampf auf der Straße"

Seit dem Herbst 1991 verbreitete SCHÖNBORN Aufrufe zur Bildung eines Nationalen Einsatzkommandos (NEK). Als Aufgaben des NEK wurden u. a. die Aufstellung kadermäßig gegliederter mobiler Verbände, die Ausbildung für den politischen Kampf auf der Straße sowie die Planung und Koordinierung von überra-

schend durchgeführten zentralen Aktionen genannt. Als bewaffnete Kampftruppe sollte es gegen "Ausländerverbrecherbanden", "Linke" und "Staatsgewalt" eingesetzt werden. Vorbilder waren die Waffen-SS und die Freikorps der Weimarer Zeit.

Haben Sie auch die Nase voll von ...

- der Ausländerflut? ● der Asylantenwelle?
- der skrupellosen Drogenmafia?
- der wachsenden Kriminalität?
- den ständigen Holocaust-Vorwürfen?
- wortbrüchigen etablierten Politikern?

Stört es auch Sie, ...

- daß Deutschland das Sozialamt für die EG und den Rest der Welt ist?

... dann unterstützen Sie die NF

Sind auch Sie für:

- Todesstrafe für Rauschgift Händler, Hochverräter und Mörder
- Schluß mit korrupten und verlogenen Politikern
- Schluß mit den Milliarden-Zahlungen an die EG und für US-Kriege
- Scheinasylanten raus ● Ausländer raus

... dann kommen Sie zur NF

**Deutschland ist zu wichtig,
um es seinen Feinden zu überlassen!**

NATIONALISTISCHE FRONT
Die vernünftige Alternative zu einer kranken Welt

Diesen Abschnitt an folgende Anschrift senden:

NATIONALISTISCHE FRONT (NF)
Postfach 6110
4800 Bielefeld

Impressum
Nationalistische Front (NF)
Postfach 6110
4800 Bielefeld 1
Druck: Eigendruck
V. i. S. d. F.: Frank Schuster
Bankverbindung:
M. Schönborn
Stakemann Roding
IBAN: 342 900 00
Kto. 6 550 422

- Ich bitte um kostenloses Informationsmaterial
- Ich möchte zu einer Veranstaltung eingeladen werden
- Ich will Mitglied der NATIONALISTISCHEN FRONT werden
- Ich möchte Förderer werden
- Ich habe eine Spende überwiesen

Achtung: wichtiger Hinweis! Wir beantworten grundsätzlich innerhalb von 14 Tagen jede Zuschrift. Sollte in diesem Zeitraum von uns keine Nachricht angekommen sein, könnt ihr davon ausgehen, daß Euer Brief uns nicht erreicht hat. Dann nochmals schreiben oder anrufen unter der Telefonnummer: **05232/88802**

Exekutivmaßnahmen gegen Nationales Einsatzkommando

Am 24. Januar 1992 leitete der Generalbundesanwalt gegen SCHÖNBORN und sieben weitere Personen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Ver-

abredung zur Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung (§ 30 in Verbindung mit § 129 a Strafgesetzbuch) ein und beauftragte das Bundeskriminalamt mit der Durchführung der Ermittlungen. Am 11. März 1992 durchsuchte daraufhin das Bundeskriminalamt das NF-Zentrum in Detmold sowie weitere Objekte von inzwischen 14 Beschuldigten in mehreren Ländern. Dabei wurde im NF-Zentrum u. a. ein Computer mit Disketten beschlagnahmt. Durch Entschlüsselung wurden u. a. die Namen von Personen bekannt, die SCHÖNBORN als für das NEK geeignet erfaßt hatte. Nach der Durchsuchungsaktion vom 11. März 1992 erklärte SCHÖNBORN in einem im Juni 1992 an potentielle NEK-Mitglieder versandten Rundschreiben, daß er den Aufbau des NEK weiter betreiben wolle. Gleichzeitig verschickte er weitere Aufnahmeanträge für das NEK.

Anläßlich einer zweiten Exekutivmaßnahme gegen weitere Beschuldigte am 30. Juni 1992 wurden u. a. sechs vorbereitete Molotowcocktails, Dolche und andere Waffen sichergestellt. Die Ermittlungen - insbesondere die Auswertung der Asservate - bestätigten den Verdacht der NEK-Gründung.

NF-Verbot

Am 27. November hat das Bundesministerium des Innern (BMI) die NF verboten und gleichzeitig den sofortigen Vollzug angeordnet. Die auf der Grundlage des Vereinsgesetzes erlassene Verfügung umfaßt auch das Verbot von Ersatzorganisationen. Das BMI stellt fest, die NF habe gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen. Ihre aggressiv-kämpferische Einstellung ziele darauf ab, die demokratische Grundordnung zu beseitigen. Besonders der Plan des NF-Bundesvorsitzenden SCHÖNBORN zum Aufbau eines "Nationalen Einsatzkommandos" (NEK) demonstriere den militanten Charakter der Vereinigung.

In einer bundesweiten Polizeiaktion wurden die Wohnungen von 52 Anhängern der NF in 10 Ländern durchsucht. Einen Schwerpunkt der Exekutivmaßnahmen bildete das NF-Zentrum in Detmold-Pivitsheide.

Bei den Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen wurden Durchsuchungen gegen 11 Personen vorgenommen. Neben NF-Unterlagen (Mitgliederverzeichnis, Schriften, Propagandamaterial) konnten Waffen, Munition, ein Nachtsichtgerät, ein Zielfernrohr, mehrere Computer und Datenträger sowie Uniformen sichergestellt werden.

2.2.7 Nationale Offensive (NO)

Sitz: ehemals Augsburg

Mitglieder (zuletzt): 140 Bund
 30 NRW

Angesichts der Querelen in der FAP gründeten ehemalige Funktionäre und Aktivisten der Partei 1990 die NO als Auffangbecken, insbesondere für enttäuschte Gesinnungsgenossen.

NO-Verbot

Am 21. Dezember 1992 erließ das Bundesministerium des Innern eine Verbotsverfügung gegen die NO. Am 22. Dezember 1992 wurden in sieben Ländern mit Schwerpunkt Bayern Objekte der NO und Wohnungen von Funktionsträgern und Mitgliedern durchsucht und zahlreiche schriftliche Unterlagen beschlagnahmt. Die Durchsuchungsmaßnahmen in Nordrhein-

Durchsuchungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen erstreckten sich auf den Raum Witten.

Die Verbotsverfügung erging, weil sich die NO gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Artikels 9 Abs. 2 des Grundgesetzes und des § 3 Abs. 1 Vereinsgesetz richtete, die Menschenwürde mißachtete und sich an antisemitischer Hetze beteiligte. Dies äußerte sich in Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, in Agitation gegen staatliche Instanzen, im Kampf für deren Beseitigung sowie in aggressiver Hetze gegen Ausländer, Asylbewerber und Angehörige von Minderheitengruppen.



2.2.8 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Sitz: Frankfurt/Main
Mitglieder: 220 Bund (1991: 180)
30 NRW (1991: 20)

Publikation: Nachrichten der HNG

Unterstützung inhaftierter Gesinnungsgenossen

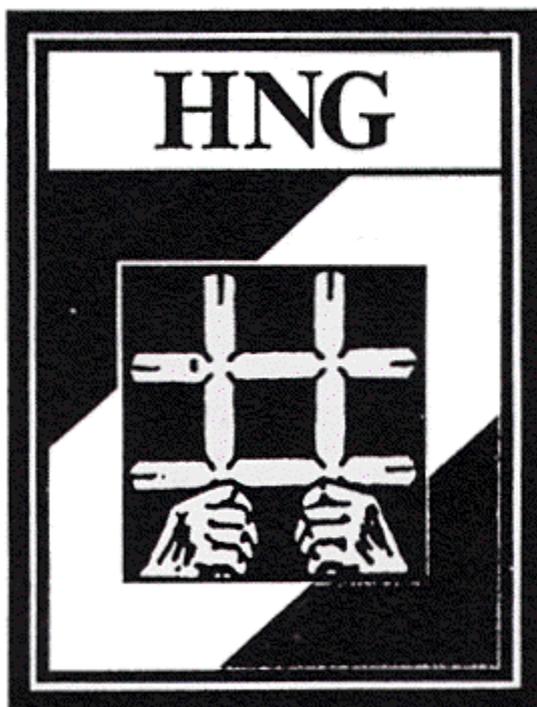
Die HNG bemüht sich seit Jahren, inhaftierte Gesinnungsgenossen zu betreuen und die aus der Haft entlassenen Gesinnungsgenossen wieder in die neonationalsozialistische Szene einzugliedern. Ihre Strategie ist es,

“Öffentlichkeit herzustellen, die Anerkennung der gefangenen Nationalisten als politische Gefangene, die freie politische Betätigung und Informationsmöglichkeit und die Abschaffung aller Anti-NS- und Gesinnungsparagrafen zu erreichen.”

Daneben sieht die HNG “ihre Aufgabe darin, über staatliche Unterdrückung und Terror jedweder Art aufzuklären”, weil “die politische Verfolgung in diesem unserem Lande... ja nicht aufhört”.

Die Aktivitäten der HNG sind seit Jahren durch anhaltende Streitigkeiten im Neonazi-Lager beeinträchtigt. Derzeit scheinen die KÜHNEN-Anhänger zurückgedrängt zu sein, so daß in Zukunft mit einer Dominanz der FAP zu rechnen ist.

NACHRICHTEN DER



Februar 1992
14. Jahrgang - Nr. 139

Öffentlich trat die HNG durch ihre jährliche Mitgliederversammlung am 28. März 1992 in Rechtenbach (Lahn-Dill-Kreis) in Erscheinung. Unter den etwa 70 Teilnehmern befanden sich etliche Anhänger der FAP mit dem Bundesvorsitzenden Friedhelm BUSSE. Die Vorsitzende MÜLLER wurde bei der anschließenden Vorstandswahl in ihrem Amt bestätigt.

2.2.9 Initiative Gesamtdeutschland (IG)

Sitz: Bonn
Mitglieder: 60 Bund
50 NRW
Publikation: Deutschlandbote

Die im November 1990 gegründete IG versucht durch öffentliche Veranstaltungen mit bekannten Vertretern rechtsextremistischer Positionen auf sich und ihre Ziele aufmerksam zu machen:

Veranstaltungen der IG

- *Vortragsveranstaltung am 16. März 1992 in Bonn Tannenbusch mit David IRVING* zum Thema*

“Recht und Wahrheit, Lüge und Verleumdung, die heikelsten Themen deutscher Nachkriegsgeschichte.”

Teilgenommen haben ca. 150 Personen u. a. aus Kreisen der “Republikaner”, der NF, FAP und Wiking-Jugend.

- *Liederabend am 24. Mai 1992 in Bonn-Tannenbusch (ca. 70 Teilnehmer).*

Zwischen den Musikbeiträgen wurden von dem Interpreten verbindende Texte vorgetragen. So bewertete er an einer Stelle die Auseinandersetzungen um einen jüdischen Friedhof in Hamburg als absurd. Niemand rege sich allerdings darüber auf, wenn auf einem Gelände, auf dem Tausende deutscher Gefangener von Amerikanern ermordet worden seien, eine Mülldeponie eingerichtet werde.

IG-Schrift

Im März erschien die erste Ausgabe einer künftig monatlich erscheinenden Publikation der IG, der

DEUTSCHLANDBOTE
für Einigkeit und Recht und Freiheit.

Im Vorwort dieser Ausgabe schreibt der Herausgeber, der “Deutschlandbote” biete sich als eine Art “Nationales Forum” an. Weiter heißt es:

“Wir alle wissen, wie zerstritten das nationale Lager ist. Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Diffamierungskampagnen kennzeichnen die rechte Parteienlandschaft. Hier wollen wir von der Initiative Gesamtdeutschland auch mit diesem Heft über an diesen Streitigkeiten stehen und eine Brückenfunktion zwischen den einzelnen Gruppierungen bilden.”

* IRVING ist nach wie vor der ausländische Revisionist, der am häufigsten in Deutschland redet. Seit zwei Jahren zur Zurückweisung an der Grenze ausgeschrieben, gelingt es ihm jedoch immer wieder, unbemerkt nach Deutschland einzureisen

2.2.10 Freundeskreis Deutscher Sozialisten (FDS)

Sitz: Krefeld
Mitglieder: 40 NRW
Publikation: Die Tatgemeinschaft

Der 1988 gegründete FDS trifft sich regelmäßig in Krefeld und Viersen. Aus dem von ehemaligen FAP-Mitgliedern gegründeten Funktionärskreis ist inzwischen eine Gruppierung geworden, die über ca. 40 Sympathisanten aus allen Organisationen des Rechtsextremismus wie NPD, DVU und FAP bzw. aus der Skinheadszene verfügt.

Ziele des FDS

Der FDS gibt unregelmäßig das Mitteilungsblatt "Die Tatgemeinschaft" heraus. Im Heft 10 werden die Ziele des FDS dargestellt:

"Kurzfristige sowie mittelfristige Ziele des FDS sind im Rahmen der Interessenbetreuung,

1. die Jugendarbeit (Wanderungen, Märsche, Fahrten, Biwaks, sportliche Aktivitäten)
2. die Aufstellung einer FDS-eigenen Truppe zwecks Sicherungs- und Betreuungsmaßnahmen (bereits mit Blick auf ein künftiges Standortquartier) sowie
3. die Schaffung einer Einrichtung, sprich sozialen Tatgemeinschaft in Form der Aufstellung freiwilliger Arbeits- und Hilfstrupps (auch aus befreundeten Gruppen). . .

Der Freundeskreis dient ferner der Förderung des Gedankenaustausches volkstreuere Kräfte (er ist parteiungebunden). "

Weiterhin wird in der Ausgabe Nr. 10 der frühere Führer des NS-Reichsarbeitsdienstes, Konstantin HIERL, zitiert.

2.2.11 "Anti-Antifa"

Eine neue Qualität innerhalb der neonazistischen Szene ist durch die Gründung einer "Anti-Antifa" entstanden.

Zielsetzung und Aktivitäten

Die von dem "KÜHNEN-Anhänger" und Funktionär der Hamburger Nationalen Liste (NL), Christian WORCH, im Frühjahr 1992 initiierte "Anti-Antifa" hat sich zur Aufgabe gemacht, dem gewalttätigen autonomen linken Spektrum offensiv entgegenzutreten. Auslöser hierfür waren offensichtlich die sich häufenden Angriffe von "autonomen Linken" auf "Kameraden", die dabei zum Teil erheblich verletzt wurden.



WORCH verfolgt mit der "Anti-Antifa" folgende Ziele:

- Den "Linken" nicht die medienwirksamen Straßendemonstrationen allein zu überlassen, sondern zeitgleich eigene Demonstrationen durchzuführen.

- Durch Aufklärungsarbeiten vor Ort die “Autonomen” durch Bekanntmachung von Trefforten/Lokalen und namentlicher Benennung ihrer fahrenden Funktionäre aus ihrer “Anonymität zu zerren”.
- Durch “Feindaufklärung” linken Angriffen vorzubeugen und diese zu verhindern.

Die erste “Anti-Antifa-Kundgebung” fand am 18. Juli 1992 in Meschede als Gegenveranstaltung zu einer angemeldeten Antifa-Demonstration statt. Zur Teilnahme an dieser Veranstaltung hatte WORCH mit dem Aufruf “Mobil-Machung” aufgefordert. Teilgenommen haben ca. 150 Rechtsextremisten. Auseinandersetzungen gab es nicht, da beide Demonstrationen zeitversetzt stattfanden.

“Anti-Antifa” Bonn

In Nordrhein-Westfalen gründete ein FAP-Funktionär und IG-Aktivist Anfang August 1992 die “Anti-Antifa” Bonn.

Eine Abgeordnete des Deutschen Bundestages erhielt am 24. September 1992 postalisch eine “Pressemitteilung” der “Anti-Antifa-Bonn” mit einer Erklärung über “Sinn und Zweck einer Anti-Antifa” zugeleitet. In der Pressemitteilung heißt es u. a.:

“Sie gehören zu den ersten 100 Personen/Publicationen, denen wir die Gründung der Anti-Antifa Bonn mitteilen. Wir, das sind Mitglieder und Sympathisanten verschiedener nationaler und nationalsozialistischer Gruppierungen und Parteien aus dem Raum Bonn-Rhein/Sieg. Wir werden es nicht mehr weiter hinnehmen, daß man uns materiell und physisch so tangiert, wie bisher. Über gewaltbereite Autonome, bürgerliche Antifaschisten, linke Medien oder Gegner überhaupt werden wir künftig alle bekannten Daten speichern.”

In einer beigefügten Erklärung “Kampf dem roten Terror” wird die Zielrichtung dieser Kampagne angegeben: Kriminelle Subjekte (gemeint sind politische Gegner wie z. B. “Rotfrontler”) aus der Anonymität der Masse herauszuheben und durch gezielte Feindaufklärung linken Angriffen vorzubeugen und diese zu verhindern.

Geplante Etablierung einer “Westfalenfront”

Am 26. September 1992 fand in Bielefeld ein “Deutsches Kameradschaftstreffen” der unter der Bezeichnung “Kameradschaft Ostwestfalen-Lippe” agierenden KÜHNEN Anhänger mit insgesamt ca. 90 Personen statt. Die Veranstaltung befaßte sich insbesondere mit der geplanten Etablierung einer “Westfalenfront”, einem Zusammenschluß aller rechten Organisationen mit dem Ziel, im Rahmen der Anti-Antifa-Kampagne “rechte Politik” wirkungsvoll durchzusetzen.

2.3 Fremdenfeindliche Straftaten/Rechtsterrorismus*

Rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit

Die rassistisch motivierte und damit rechtsextremistische Fremdenfeindlichkeit wird durch den Begriff “Ausländerfeindlichkeit” nur unzureichend beschrieben. Denn ein Rassist bekämpft auch die inzwischen naturalisierten, d. h. zu deutschen Staatsangehörigen gewordenen Ausländer, nicht jedoch diejenigen Ausländer, die

er der "nordischen Rasse" zuordnet. Eine lediglich "ausländerkritische" Haltung muß nicht rassistisch motiviert oder als fremdenfeindlich anzusehen sein.

Unstreitig rechtsextremistisch ist dagegen zum Beispiel die Forderung, Ausländer gehörten ausgewiesen, weil sie das "deutsche Blut" verdürben und "Blutvermischung" "Rassenschande" sei.

Bei Sprengstoff- und Brandanschlägen auf Wohnungen von Ausländern ist Rechtsextremismus zu vermuten, sofern im Einzelfall keine anderen Motive erkennbar sind. Von Ausnahmefällen abgesehen, werden solche fremdenfeindlichen Gewalttaten aus einer offensichtlich rassistischen Motivation begangen. Wer Angehörigen ethnischer Minderheiten, insbesondere andersfarbigen Ausländern, allein aus diesem Grunde nach dem Leben oder der Gesundheit trachtet oder zumindest in Kauf nimmt, daß diese an Leben oder Gesundheit geschädigt werden, spricht den Zielpersonen seiner Angriffe das Grundrecht auf Leben und Gesundheit ab. Er stellt sich damit gegen Menschenrechte und Gleichheitsgrundsatz. Diese Geisteshaltung entspricht genau dem ideologischen Grundmuster des Rassismus.

Altersstruktur der bekannt gewordenen Täter

Die Altersstruktur der 1992 bekannt gewordenen Tatbeteiligten an Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutende rechtsextremistischer Motivation ergibt, daß der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden unter 21 Jahren fast 70 Prozent beträgt. Weitere ca. 27 % waren jünger als 30 Jahre. Dies zeigt, daß es sich um Gewaltkriminalität junger und sehr junger Menschen handelt. Nur über einen geringen Teil der Täter lagen bereits einschlägige Informationen vor, überwiegend aus dem Neonazibereich.

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. I des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

2.4 Skinheads

Bewertung/Struktur

Skingruppierungen bestehen überwiegend aus Jugendlichen und Heranwachsenden, die mit ihrem sozialen Umfeld im Konflikt stehen, die Gewaltanwendung als Konfliktlöser ansehen und das durch die Gruppeneinbindung entstehende Wir-Bewußtsein als ein Mittel zur Steigerung des Selbstwertgefühls empfinden. Skinheads suchen vor allem die Geborgenheit einer Subkultur, die ihnen überschaubare Normen und Werte, ein Bekleidungs- und Sprachverhalten, aber auch - und das ist der entscheidende politische Motivationsfaktor für ihre militante Haltung - zusammenschließende Feindbilder vorrangig gegen ethnische Minderheiten vermittelt. Mit ihren gewalttätigen Ausschreitungen wollen sie Überlegenheit und Männlichkeit beweisen. Rechtsextremistisch bestimmte Skinheads stammen zumeist aus Problemfamilien. Sie sind meist gekennzeichnet von Mißerfolg in Schule und Ausbildung, ohne Perspektive und ohne Anerkennung durch die Gesellschaft.

Während die Skinheadszenen in Westdeutschland sich aus einer von Großbritannien herübergetragenen Subkulturbewegung entwickelte und die Politisierung offenbar noch nicht alle Skinhead-Bereiche erreicht hat, haben sich die Skinheads in Ostdeutschland - hart unterdrückt durch die kommunistischen Machthaber und den Stasi-Apparat - von Anfang an als politische Opposition gegen den kommunistischen Staat empfunden. Ihr Politisierungsgrad ist demgemäß höher und die Einbindung in neonationalsozialistisches Gedankengut stärker, als dies bei ihren Gesinnungsgenossen in Westdeutschland der Fall ist.

Rassismus und Nationalismus in Liedertexten und "Fanzines" der Skinheads

Rassismus und Nationalismus offenbaren sich vor allem in den Liedertexten der Skinhead-Bands. So wird in dem sogenannten "Kanaken-Song" einer sich "Endsieg" nennenden Gruppe dazu aufgerufen, Türken in Konzentrationslager zu stecken, ihre Kinder zu töten und türkische Frauen zu schänden. Zum Rassenkampf ruft

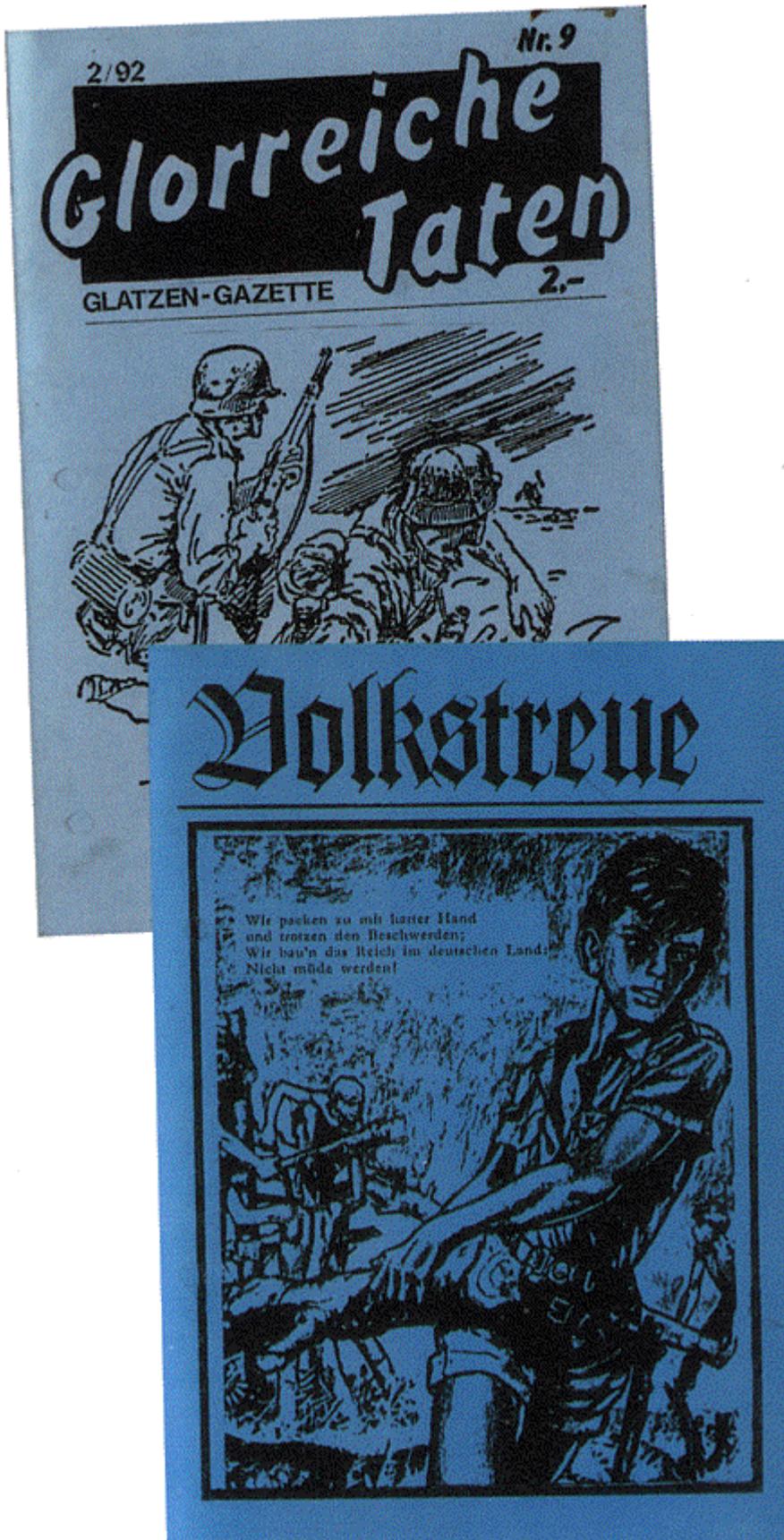
die Gruppe "Störkraft" in dem Lied "Deutschland" auf:

"Ja, eines Tages da wacht ihr alle auf, rettet die Rasse, die man einst verkauft, denn ich weiß, in jedem Deutschen da steckt ein Mann, der das Verderben noch verhindern kann."

Die Band "Störkraft", die den Skinhead als "echte Polizei" sieht, der die Straßen "türkenfrei" macht, versteigt sich dazu, den Skinhead in ihrem "Söldner-Lied" als mordenden faschistischen Söldner zu "idealisieren". Diese Texte fördern bei den oft auch alkoholisierten Zuhörern deren schon vorhandene Bereitschaft zur Gewaltanwendung. Anlässlich von Rockkonzerten der Skinhead-Bands kam es immer wieder zu gewaltbetonten Ausschreitungen. Einzelne Gewalttäter gaben an, durch die Musik "total aufgeputscht" gewesen zu sein.

"Fanzines"

Neben den Skin-Songs sind in der Skinheadszenen die Skin-Magazine, sogenannte Fanzines, von großer Bedeutung. Das subkulturelle Leben wird anhand dieser Mittel geformt und zum Ausdruck gebracht. Fanzine ist ein Begriff, der aus dem Englischen kommt und eine Abkürzung der beiden Wörter "Fan-Magazin" darstellt. Das Wort steht für interne Publikationen, die für Anhänger und Freunde der Skinheadszenen bestimmt sind. "Fanzines" sind nicht am Kiosk erhältlich, erscheinen auch nicht immer in regelmäßigen Zeitabständen. Aufgelegt werden sie von einzelnen Skinheads, die meist schon länger der Szene angehören und deshalb über umfassende Kontakte verfügen.



Zahlreiche "Fanzines" stellen die Machwerke der Skinhead-Bands vor und interviewen deren Mitglieder. Weiterhin bieten sie inhaltliche Aktionsberichte, politische

Ansichten, Hinweise auf andere "Fanzines" sowie nationale und internationale Szeneberichte.

Die wichtigsten Skin-"Fanzines" in Nordrhein-Westfalen sind:

- *Frontal, Essen*
- *Volkstreue, Recklinghausen.*

Während "Frontal" sich überwiegend auf Szeneberichte und Interviews mit Skinhead-Bands beschränkt, ist "Volkstreue" deutlich darauf ausgerichtet, Rechtsextremisten anzusprechen bzw. für rechtsextremistisches Gedankengut zu werben. So beinhaltete die dritte Ausgabe Berichte über den Rudolf-Heß-Marsch der Wiking-Jugend (WJ) im August 1992 in Rudolstadt (Thüringen), eine Werbeanzeige der HNG, den Abdruck des Anti-Antifa-Flugblattes und ein Interview mit einer Funktionärin der rassistischen Gruppierung "Women for Aryan Unity" in Irland:

"Ich bewundere jeden rassebewußten Menschen, der für unsere Rasse kämpft, da unser Kampf hart ist und wir viele Feinde haben."

Skinheadszene in Nordrhein-Westfalen

Zur Skinheadszene in Nordrhein-Westfalen werden insgesamt etwa 1.000 Personen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren gerechnet, von denen ca. 400 militant rechtsextremistisch sind. Diese Skinheads beteiligen sich an regionalen, lokalen oder nur stadtteilbezogenen, meist strukturarm ausgestatteten Personenzusammenschlüssen.

"KuKluxKlan Herford"

Neben örtlichen Skingruppen, u. a. in Aachen, Bielefeld, Bonn, Essen, Mönchengladbach, Münster und Wesel, ist als besondere Vereinigung der "KuKluxKlan Herford" zu nennen. Hier führte das von Fremden- und Rassenhaß geprägte rechtsextremistische Feindbild dazu, daß sich Skinheads der US-amerikanischen rassistischen KuKluxKlan-Bewegung "White Knights of the KuKluxKlan" des Denis MAHON* anschlossen.

Im Februar 1992 leitete der Generalbundesanwalt gegen Mitglieder von KuKluxKlan-Gruppierungen wegen des Verdachts der (zumindest versuchten) Gründung einer Teilorganisation des amerikanischen KuKluxKlan auf deutschem Boden bzw. der mitgliedschaftlichen Beteiligung an dieser Vereinigung gemäß § 129 a Abs. 1 Strafgesetzbuch ein Ermittlungsverfahren ein. Bei Exekutivmaßnahmen am 26. Mai 1992 wurden insgesamt 21 Objekte in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Berlin durchsucht. Bei allen Beschuldigten wurden Unterlagen gefunden, die eine Zugehörigkeit zum KuKluxKlan belegen.

Verurteilung wegen Brandanschlag in Hünxe

Wegen des menschengefährdenden Brandanschlages am 3. Oktober 1991 auf ein Asylbewerberwohnheim in Hünxe (zwei libanesischen Mädchen wurden schwer verletzt) verurteilte die Jugendkammer des Landgerichts Duisburg am 26. Mai

1992 zwei Skinheads wegen schwerer und gefährlicher Körperverletzung, schwerer Brandstiftung und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu Jugendstrafen von fünf Jahren. Ein weiterer Angeklagter erhielt wegen versuchter Brandstiftung, versuchter Sachbeschädigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz eine Jugendstrafe von drei Jahren und sechs Monaten.

Im Ermittlungsverfahren hatten die Skinheads ihre Fremdenfeindlichkeit eingestanden. Einer der Täter hatte nach eigenen Angaben wiederholt den Jahrestag des Geburtstages Adolf HITLERs gefeiert. Bei einem anderen waren Feiern aus diesem Anlaß ebenfalls üblich.

Tötungsdelikt in Wuppertal

Am Abend des 12. November 1992 kam es in einer Wuppertaler Gaststätte zunächst zu verbalen Streitigkeiten zwischen einem 53jährigen Wuppertaler Bürger und zwei Skinheads im Alter von 18 und 24 Jahren und dem Wirt. Während eines "Wett-Trinkens" behauptete der Wirt wiederholt, daß das spätere Opfer jüdischer Abstammung sei. Die beiden Skinheads schlugen den 53jährigen zu Boden und verletzten ihn durch Tritte lebensgefährlich. Danach übergossen sie ihn mit hochprozentigem Alkohol und zündeten die Kleidung an. Das sterbende Opfer transportierten sie im PKW des Gastwirtes über die Grenze ins niederländische Venlo. Dort wurde die Leiche am 13. November 1992 auf einem Waldweg gefunden.

Anläßlich einer Wohnungsdurchsuchung bei den beiden Skinheads wurde u. a. umfangreiches Propagandamaterial der NF, Baseballschläger, Messer, Gaspistolen sowie Platten und Kassetten mit Skinheadmusik sichergestellt.**

Aufklärung weiterer rechtsextremistischer Straftaten

In Gelsenkirchen wurde am 5. November 1992 aufgrund eines richterlichen Durchsuchungsbeschlusses die Wohnung eines 19jährigen durchsucht. Er ist geständig, Brandanschläge gegen "Linke", die jüdische Kultusgemeinde, einen jüdischen Friedhof sowie ein Asylbewerberwohnheim und drei weitere Friedhofschändungen begangen zu haben. Gegen ihn erging Haftbefehl. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der 19jährige eine zentrale Figur der rechtsextremistischen Szene ist und sich im Skinheadumfeld bewegte.

* MAHON trat am 20. September 1991 in einem Waldgelände bei Halbe (Kreis Königs-Wusterhausen/Brandenburg) in einem Gewand des "KuKluxKlan" auf. Dort hieß er Gewalttaten gegen Ausländer gut. Vermutlich ist der Zeremonie die Gründung von deutschen KuKluxKlan-Gruppen vorausgegangen.

** Die Staatsanwaltschaft Wuppertal hat im Mai 1993 gegen die drei Angeschuldigten Anklage erhoben, die Hauptverhandlung ist noch nicht eröffnet.

2.5 "National-Freiheitliche" Organisationen

2.5.1 Deutsche Volksunion (DVU)

Sitz: München
Mitglieder: 26.000 Bund (1991: 24.000)
5.000 NRW (1991: 5.000)

Die Partei wurde am 5. März 1987 in München auf Initiative des Münchener Verlegers Dr. Gerhard FREY und mit maßgeblicher Beteiligung der NPD als Deutsche Volksunion Liste D (DVU-Liste D) gegründet. Seit dem Bundesparteitag am 16. Februar 1991 in Passau nennt sie sich Deutsche Volksunion (DVU). Bundesvorsitzender ist Dr. Gerhard FREY, der gleichzeitig Vorsitzender des gleichnamigen Vereins "Deutsche Volksunion e.V." (DVU) ist.

Die bundesweit nach wie vor größte rechtsextremistische Organisation konzentrierte sich 1992 vor allem auf die Landtagswahl in Schleswig-Holstein, bei der sie 6,3 % der Wählerstimmen erreichte.

Trotz aller öffentlichen Lippenbekenntnisse zum Grundgesetz stellt die DVU die freiheitliche demokratische Grundordnung in Frage. Die Zielsetzung findet sich in der publizistischen Agitation in den Wochenzeitungen des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY:

"national-freiheitliche" Wochen-Zeitungen

- *Deutsche National-Zeitung - DNZ (Auflage 63.000)*
- *Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger - DWZ/DA (Auflage 20.000),*

den Sprachrohren der DVU.

Sie greifen regelmäßig Tagesthemen auf und ordnen diese den von ihnen langjährig entwickelten rechtsextremistischen Feindbildern zu, wie z. B. den "vagabundierenden Zigeunern", den "faulen Polen", den "kriminellen Asylbewerbern", den "die Deutschen erpressenden Juden", den "die deutschen Interessen in Polen verrätenden Regierenden in Bonn".

Agitationsschwerpunkte

Im Mittelpunkt der Agitation standen auch 1992

- *eine nationalistisch aufgemachte Großdeutschland-Aktion anknüpfend an die Festschreibung der Westgrenze Polens*
- *ein antieuropäischer Kampf gegen die geplante Einbringung der Deutschen Mark in eine EG-Währung*
- *eine rassistisch ausgerichtete Kampagne, die sich insbesondere gegen Asylbewerber richtete.*



Die Auswirkungen derartiger Agitationen auf gewaltbereite Kreise, denen sie Motivation und Begründung für Gewalttaten liefern können, sind nicht zu unterschätzen.

Finanzen/Spendenauf Ruf

Vor dem Hintergrund des auf die DVU zukommenden erheblich erhöhten Finanzbedarfs für die Teilnahme an den Bundestags-, Landtags- und Europawahlen 1994 sind die in den "national-freiheitlichen" Wochenzeitungen veröffentlichten Spendenaufrufe Dr. FREYs zu sehen. In den Ausgaben vom 17. Juli bittet der DVU-Bundesvorsitzende z. B. um eine höchstmögliche Spende für die Partei. Es stehe demnächst ein schwerer Wahlkampf bevor, der von entscheidender Bedeutung für Deutschland und die DVU sei.

Er selbst müsse die DVU gegenwärtig mit 13 Millionen DM finanzieren und könne die Last der Aufwendungen bei Wahlschlachten nicht alleine tragen.

“Neugründung” des Landesverbandes NRW

Offensichtlich nahmen die Bürgerschaftswahl in Bremen (September 1991) und die Landtagswahl in Schleswig-Holstein (April 1992) den Bundesvorsitzenden der Partei organisatorisch und finanziell so in Anspruch, daß es erst am 25. Oktober 1992 in Lügde/Sabbenhausen bei Bad Pyrmont zu der seit 1990 vorgesehenen Neugründung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und zur Neuwahl eines Landesvorstandes kam. Zum Landesvorsitzenden wurde der bisher stellvertretende Landesvorsitzende der DVU Niedersachsen gewählt. Dr. FREY bezeichnete die DVU vor etwa 200 überwiegend älteren Teilnehmern als stärkste Kraft im “rechten Lager” und kündigte u. a. die Teilnahme der DVU an der nächsten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen an.

2.5.2 Deutsche Volksunion e.V. (DVU)

Sitz: 82152 Planegg

Der Verein wurde 1971 als “Sammelbecken aller National-Freiheitlichen Rechten” gegründet. Anlässlich der Bundesversammlung im Dezember 1988 wurde eine Satzungsänderung beschlossen, wonach alle Mitglieder des Vereins über 16 Jahre zugleich Mitglied in der Partei sind, sofern sie dies nicht ausdrücklich ablehnen.

Aktionsgemeinschaften

Zur Durchsetzung seiner Ziele, die denen der gleichnamigen Partei entsprechen, bedient sich der Verein der ihm angeschlossenen Aktionsgemeinschaften

- *Aktion Oder-Neiße (AKON)*
- *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)*
- *Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)*
- *Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)*
- *Ehrenbund Rudel (ER)*
- *Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur (DSVK)*

Seit Gründung der gleichnamigen Partei tritt die DVU e. V. kaum mehr in Erscheinung. Ihre Aktivitäten beschränkten sich auf Spendenaufrufe und Anzeigen für Beitrittserklärungen in den Wochenzeitungen des Dr. FREY.

2.6 "Nationaldemokratische" Organisationen

2.6.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz: Stuttgart

Sitz des

Landesverbandes NRW: Bochum-Wattenscheid

Mitglieder: 5000 Bund (1991: 6.000)

700 NRW (1991: 800)

Publikation: Deutsche Stimme

Zielsetzung

Die von der NPD angestrebte "Nationaldemokratie" ist gekennzeichnet durch einen der nationalsozialistischen Weltanschauung entnommenen völkischen Kollektivismus, der biologisch begründet wird und rassistische Merkmale erkennen läßt. Der personalen Autonomie des einzelnen ist die "Volksgemeinschaft" übergeordnet. Seine eigentliche Daseinsberechtigung bezieht der Mensch als Individuum aus dem gesellschaftlichen Ganzen; der Wert der einzelnen Person ergibt sich aus ihrer Stellung und Funktion in der "Volksgemeinschaft". Für jedermann muß das Wohl des eigenen Volkes oberstes Gesetz sein.

Das Volk, das nach Auffassung der NPD zerrissen ist und in eine Vielzahl von eigensüchtigen Interessengruppen und Parteien zerfällt, soll zur Einheit der Nation fortentwickelt werden. Die Interessengegensätze innerhalb der Gesellschaft, auch das natürliche Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft, werden durch die uneingeschränkte Einbindung der Individualinteressen in die "Volksgemeinschaft" aufgehoben. Oberster Grundsatz jeglichen Handelns ist die Einheit von Mensch, Volk und Nation ("Nationale Solidarität"). Diese pauschale Überbetonung der "Volksgemeinschaft" und des "Volksganzen" gegenüber den Individualrechten ist nicht mit den tragenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren, insbesondere nicht mit der Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, dem Demokratieprinzip und dem Mehrparteiensystem.

Neuer Programmentwurf

Bei der Bundespartei stand 1992 insbesondere die Diskussion um ein neues Programm im Vordergrund. Der Parteivorstand stellte auf der 1. ordentlichen Tagung des NPD-Bundeshauptausschusses am 31. Mai 1992 in Gorleben den Entwurf eines als "Nationaldemokratisches Manifest" bezeichneten neuen Parteiprogramms vor, das nach Verabschiedung durch den Bundesparteitag das bisherige Programm der NPD ersetzen soll.

In dem neuen Programmentwurf bekennt sich die NPD zum Nationalstaat als politische Organisationsform eines Volkes. Er habe dabei über dem Egoismus einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen. Multikulturelle Gesellschaften werden als kulturlose Gesellschaften abgelehnt. Deutschland sei kein Einwanderungsland, der innere Friede werde durch diese Entwicklung zunehmend gefährdet. Im Rahmen des sich neu ordnenden Europa müsse Deutschland - in Übereinstimmung mit dem Abkommen von Helsinki eine friedliche Politik der Wiedervereinigung innerhalb seiner historischen Grenzen betreiben. "EG-Europa" und die NATO werden abgelehnt, statt dessen werden ein "Europa der Vaterländer" bzw. die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems gefordert.

Ebenso wie aus dem bislang gültigen Parteiprogramm ergibt sich auch aus dem Wortlaut des "Manifestes" keine unmittelbare verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD. Diese erschließt sich vielmehr aus dem Erscheinungsbild, das maßgebliche Funktionäre durch ihre Verlautbarungen und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit

- der Partei zurechenbar - vermitteln, bzw. aus Aufsätzen in Partei- und Propagandaschriften.

Stellungnahme zum völkischen Kollektivismus

In einem vom Landesvorsitzenden und den übrigen Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen auf dem 28. ordentlichen Landesparteitag am 26. April 1992 in Essen verteilten Flugblatt heißt es z. B.:

“Uns Nationaldemokraten wird, völkischer Kollektivismus' als etwas besonders Radikales vorgeworfen! Wir sollten dazu stehen, denn völkischer Kollektivismus ist die Alternative zu der multikulturellen und multinationalen Gesellschaft, die von der Mehrheit der etablierten Politiker von schwarz über grün und gelb bis rot angestrebt wird. Denn das ‚Blut der Deutschen ' ist ein ‚besonderer Saft' und unterscheidet sich gründlich von, übelriechendem Schleim ' “

Verurteilung des NPD" Bundesvorsitzenden wegen Volksverhetzung

Die extremistische Einstellung der NPD ist auch aus dem Urteil des Landgerichts Mannheim vom 13. November 1992 abzuleiten. Es hatte den Bundesvorsitzenden Günter DECKERT wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung Verstorbener, Beleidigung und übler Nachrede zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung sowie zu einer Geldbuße von 10.000 DM verurteilt.*

Finanzen

Die Finanzsituation ist weiterhin angespannt. Durch das Abschneiden der NPD bei der Landtagswahl am 5. April 1992 in Baden-Württemberg (0,9 %) kommt die Partei nicht in den Genuß der dringend benötigten Wahlkampfkostenerstattung, die in Baden-Württemberg erst ab 1 % der Wählerstimmen gezahlt wird.

Landesverband NRW

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen sieht trotz der Wahlniederlage der Bundespartei bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg und dem Mitgliederrückgang in den Wahlergebnissen 1992 einen generellen Anstieg in der Akzeptanz als politische "Rechtspartei".

“Aktion Volksbegehren”

Den Schwerpunkt ihrer Arbeit bildet nach wie vor die bereits im April 1991 initiierte "Aktion Volksbegehren".

Ziel dieser Aktion ist der Erlass eines "Gesetzes zur Rückführung von asylmißbrauchenden Ausländern". Mit der Sammlung der erforderlichen 3.000 Unterschriften für den Antrag auf Zulassung der Listenauslegung kam die Partei jedoch nur schleppend voran, so daß auf dem Landesparteitag am 26. April in Essen eine Entscheidung über Weiterführung oder Einstellung der "Aktion Volksbegehren" getroffen werden sollte. Diese Entscheidung fiel nicht, die 51 Delegierten verabschiedeten vielmehr eine Resolution (veröffentlicht im Organisationsspiegel der NPD NRW Nr. 3/1992), mit der die Bestrebungen der "Bürgerinitiative Ausländerstopp" vom Landesparteitag der NPD NRW begrüßt und unterstützt wird.

- * DECKERT hatte am 10. November 1991 eine Veranstaltung mit dem amerikanischen Revisio-
nisten und Leugner des Holocaust, Fred A. LEUCHTER, in Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis)
durchgeführt und hierbei als Dolmetscher fungiert. LEUCHTER hatte damals die Massenver-
nichtung von Juden während der NS-Zeit bezweifelt weil diese technisch nicht durchführbar
gewesen sei.

2.6.2 Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz: Stade
Mitglieder: 200 Bund (1991:550)
50 NRW (1991:70)
Publikationsorgan: Einheit und Kampf
Organ des Landesverbandes NRW: JN-Intern

JN-Bundeskongreß

Die JN, Jugendorganisation der NPD, führten am 25. Januar 1992 in Frank-
furt/Main ihren 21. ordentlichen Bundeskongreß durch, an dem rund 60 Personen
teilnahmen. Der JN-Vorsitzende trat der Auffassung entgegen, es bestehe eine
Kluft zwischen JN und NPD. Dieser Eindruck sei völlig unangebracht. Nur im Mit-
einander mit der NPD sei ein Erfolg möglich. Die JN sollen zwar weiterhin das kri-
tische Element der NPD bleiben, dürfen aber nicht die gemeinsamen politischen
Ziele aus den Augen verlieren. Entscheidend sei die Vision einer nationalen Politik
für Deutschland.

Zur Lage der JN erklärte der Vorsitzende, die Mitgliederzahl sei durch Karteiberei-
nigung gesunken. Aufgrund der desolaten Entwicklung in den alten Ländern wür-
den weitere Landesverbände zusammengeschlossen. In "Mitteldeutschland" ha-
ben die JN bisher keine Mitglieder gewinnen können. Für 1992 sei daher der
Schwerpunkt der politischen Arbeit in die neuen Länder verlegt worden.

2.6.3 Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

Sitz: Wuppertal
Mitglieder: 50 Bund (1991: 50)
15 NRW (1991: 15)

Publikation: Vorderste Front

Der Bundesvorstand des NHB - Studentenverband der NPD - gibt seit Oktober
1991 die Publikation "Vorderste Front (VF) - Zeitschrift für politische Theorie und
Strategie" heraus. Die Zeitschrift soll die politisch-theoretische Diskussion auf eine
breitere Basis stellen und damit die Voraussetzungen für die Fortschreibung der
Grundlagen des Nationalismus schaffen.

In der Ausgabe Nr. 3 nimmt der NHB zum Thema Nationalsozialismus zwar eine
ablehnende Haltung ein, stellt auf Seite 4 jedoch Kurt EGGERS* als Vorbild dar,
"obwohl er bis zu seinem Tod ein überzeugter Nationalsozialist war".

* Kurt EGGERS, Jahrgang 1900, fand durch den "leidenschaftlichen" Nationalismus seiner frü-
heren schriftstellerischen Arbeiten die Aufmerksamkeit der Nationalsozialisten. Er wurde 1933
Sendeleiter des Leipziger Rundfunks und 1936 Abteilungsleiter für Feierngestaltung im Rasse-
und Siedlungshauptamt der SS. Er interpretierte in Dramen, Thing- und Singspielen deutsche

Geschichte völkisch-rassistisch und schuf neben Wander- und Soldatenliedern Sprechchöre als Rahmen für kulturelle Feiern.

2.7 Sonstige rechtsextremistische Organisationen

2.7.1 Deutsche Liga für Volk und Heimat (Deutsche Liga)

Sitz: Berlin
Mitglieder: 800 Bund (1991: 800)
200 NRW (1991: 150)
Publikation: Deutsche Rundschau (DR)

Die Deutsche Liga wurde am 3. Oktober 1991 von Mitgliedern der "Deutschen Allianz-Vereinigte Rechte", einem Zusammenschluß ehemaliger Mitglieder bzw. Funktionäre der "Republikaner", der NPD und der DVU, gegründet.

Programmatische und andere Aussagen

Das Programm lehnt sich sprachlich und ideologisch an die kollektivistische Ideologie der NPD an. Darin bekennt sich die Deutsche Liga zur "Völkervielfalt".

"Wir sehen die Unterschiedlichkeit der Menschen und Nationen. Unser Respekt vor allen Völkern gebietet Widerstand gegen Fremdbestimmung jeder Art."

Eine "Welteinheitsgesellschaft" und eine "multikulturelle Gesellschaft" lehnt sie ab.

"Deutschland darf nicht zum Vielvölkerstaat werden. Arbeit, Wohnraum und soziale Versorgung stehen vorrangig den Einheimischen zu. Das Wahlrecht und andere Formen der Mitbestimmung müssen an die Staatsbürgerschaft gebunden bleiben. Die Rückkehrbereitschaft von Ausländern ist auch durch materielle Anreize zu fördern. "

Sie fordert eine Ausländerpolitik, "die den berechtigten Schutzinteressen des deutschen Volkes entspricht" und eine Revision der Geschichtsschreibung:

"Die 1945 vorgenommene Aufteilung der Welt nach Siegern und Besiegten muß endgültig überwunden werden. Dazu gehört der Wegfall der UN-Feindstaatenklauseln und die Ermöglichung einer Geschichtsschreibung, die der Wahrheit entspricht und sich nicht für Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulationen mißbrauchen läßt. Vergangenheitsbewältigung und Wiedergutmachung dürfen nicht zur politischen Erpressung führen. "

"Deutschland hat Anspruch auf Wiederherstellung seiner völkerrechtlichen Grenzen. Der Zusammenschluß von Mittel- und Westdeutschland befugt keine Regierung zu Gebietsabtretungen und Beitrittsverweigerungen, die einen gesamtdeutschen Souverän binden könnten."

Diese und andere Aussagen, wie z. B. in Flugblättern

- Scheinasylanten und kriminelle Ausländer raus
- nein zur multikulturellen, multikriminellen Gesellschaft auf deutschem Boden

- nein zu immer mehr Überfremdung
- nein zu immer mehr Asylanten und Zuwanderern

belegen das autoritär-nationalistische, völkisch-biologistische Weltbild der Deutschen Liga. Diese Aussagen stehen im Widerspruch zum Wertesystem des Grundgesetzes, das den Menschen als eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft frei entfaltende Persönlichkeit im Mittelpunkt sieht und seine Würde als höchstes Gut schützt.

Bundes- und Landesvorstand

Der Bundesvorstand der Deutschen Liga besteht aus einem Sprecherrat, dessen drei Mitglieder ehemalige Funktionäre der NPD und der "Republikaner" sind. Auch bei den Vorstandsmitgliedern des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, der sich am 26. Oktober 1991 in Köln konstituierte, handelt es sich um ehemalige NPD- bzw. REP-Funktionäre.

Aufruf zum gemeinsamen Handeln

In einem Beitrag in der Januar-Ausgabe der "Deutschen Rundschau" (DR) fordert der Generalsekretär der Deutschen Liga dazu auf, die Zersplitterung der "rechten" Kräfte zu überwinden. Die Deutsche Liga suche weder zur DVU noch zu den REP die Konfrontation. In den grundlegenden Zielen herrsche Übereinstimmung; die Partei sei zur Zusammenarbeit mit allen seriösen Kräften bereit. Die Zeit der Alleingänge und selbsternannten Möchtegern-Führer sei vorbei.

Bundeskongreß in Köln

Am 3. Oktober 1992 führte die Deutsche Liga in Köln ihren Bundeskongreß durch. Unter den ca. 150 Teilnehmern befanden sich auch belgische Rechtsextremisten und Angehörige der "Freien Wählergemeinschaft" Düsseldorf (FWG). Den FWG-Angehörigen oblag der Personenschutz für den Vorstandssprecher.

Im Hinblick auf die Wahlen in 1994 wurde auf dem Bundeskongreß die Absicht angekündigt, Köln zum bundesweiten zentralen Standort in bezug auf ihre Aktivitäten auszubauen und in diesem Zusammenhang eine großangelegte Plakataktion durchzuführen. Die Deutsche Liga erwartet im Raum Köln ein Wahlergebnis von 10 bis 15 % der Wählerstimmen.

Aufbau des Landesverbandes NRW stagniert

Nachdem die Deutsche Liga Anfang 1992 den organisatorischen Aufbau des Landesverbandes Nordrhein Westfalen recht zügig begonnen hatte - seit seiner Gründung am 26. Oktober 1991 sind fünf Kreisverbände gegründet worden - ist seit einiger Zeit Stagnation zu beobachten. Die Ursachen hierfür sind vermutlich Frustration unter den Mitgliedern wegen des schlechten Wahlergebnisses in Baden-Württemberg, wo lediglich 0,5 % der Wählerstimmen erreicht wurden, sowie Inaktivität der Leitungsebene, die über personelle Verbindungen zur Fraktion der Deutschen Liga im Rat der Stadt Köln in Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene verstrickt ist. Diese Auseinandersetzungen beschäftigen offensichtlich den Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Ratsfraktion dermaßen, daß für die Parteiführungsarbeit weder Zeit noch Kapazität verbleiben.

Ende März 1992 wurden in Köln Flugblätter mit amtlichem Äußeren in hoher Stückzahl durch Einwurf in Hausbriefkästen verbreitet. Darin werden Vorurteile gegen Ausländer aufgebaut und Ängste geschürt. Unter der Überschrift: "Stadt Köln, Presse- und Informationsamt - Ihr Oberbürgermeister Norbert Burger, Ihre Fraktion von SPD, CDU, Grünen und FDP im Rat der Stadt Köln" heißt es u. a.:

"Liebe Kölner Mitbürger ...

In Ihrer unmittelbaren Nachbarschaft entsteht eine Asylantenunterkunft. . . Eigentumsveränderungen und Besitzstandswechsel werden in Zukunft nicht auszuschließen sein. Jedoch ist auch hier Milde angebracht, da Asylbewerber Wohlstandsunterschiede gerne in Eigeninitiative ausgleichen. . .".

Fremdenfeindliche Agitation

Die Fraktion der Deutschen Liga im Rat der Stadt Köln hat in der Ausgabe Nr. 9 ihrer Publikation "Domspitzen" ein Flugblatt abgedruckt, das im wesentlichen mit den verbreiteten Flugblättern identisch ist. Ein Ermittlungsverfahren wegen Amtsanmaßung und Urkundenfälschung wurde gemäß § 170 Absatz 2 Strafprozeßordnung eingestellt.

Zwischenzeitlich sind auch in anderen Städten mit dortigem Stadtwappen versehene Flugblätter gleichlautenden Inhalts verbreitet worden.

Die Kölner Ratsfraktion der Deutschen Liga lud für den 16. Juni 1992 zu einer "öffentlichen Anhörung zur Ausländer- und Asylproblematik in Köln" ein. Es referierten u. a. der Landesvorsitzende zum Thema "Kein Bleiberecht für Zigeuner" und der Vorstandssprecher zum Thema "Multikulturelle Gesellschaft verhindern und den Asylantenstrom stoppen".

2.7.2 "Die Republikaner" (REP) - Landesverband NRW

Sitz: Düsseldorf
Mitglieder: 2.100 NRW (1991: 1.500)

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde am 1. Dezember 1984 gegründet. Die Agitation des REP-Landesverbandes zu politischen Problemlösungen ist vereinfachend und populistisch. Er übergeht mit Scheinlösungen zu politischen Problemen bewußt, daß der freiheitliche Rechtsstaat ein kompliziert funktionierendes Gebilde ist, das auch Minderheiten und Andersdenkenden Rechte garantiert. Die Übergänge zwischen betont nationalen und ausländerabweisenden Äußerungen einerseits und verfassungsfeindlicher Ausländerhetze andererseits - wie dem Abprechen der vom Grundgesetz garantierten Menschenrechte - sind fließend. Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen ergeben sich insbesondere aus dem Verhalten und den Äußerungen führender Funktionäre und einzelner Mitglieder sowie den herausgegebenen öffentlichen und internen Schriften und Rundschreiben.

Der aufgrund der Erfolge der "Republikaner" bei den Wahlen in Baden-Württemberg (10,9 %) und Berlin (8,3 %) für den Landesverband NRW erwartete und eingetretene Motivationsschub hatte eine Zunahme der internen und externen Aktivitäten zur Folge. Der Landesverband NRW unternimmt verstärkt Anstrengungen, das Wählerpotential der Partei im Hinblick auf die nächsten Wahlen in Nordrhein-Westfalen zu vergrößern.

Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des Landesvorstandes

Der Landesvorstand ist darum bemüht, die innerhalb der Mitgliederschaft allgemein feststellbare Aufschwungstimmung vor allem zur Organisationsstärkung in den Untergliederungen sowie zur Werbung neuer Mitglieder und Sympathisanten durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in Form von Flugblattaktionen und Infoständen zu nutzen. Das beherrschende Agitationsthema ist die Ausländer-, insbesondere die Asylbewerberproblematik. Ausländer und Asylbewerber werden zu Sündenböcken für soziale und gesellschaftliche Probleme gemacht.

“Neue Rechte” als richtungweisend für die Politik des Landesverbandes dargestellt

Für die “programmatische und inhaltliche Wegweisung” der Mitglieder gibt der Landesvorstand seit Juni 1992 in unregelmäßigen Abständen die Schrift “Rechts-Gedacht” heraus. In der im Oktober erschienenen zweiten Ausgabe “Rechts-Gedacht-Modell Ethnopluralismus” greift der Landesvorsitzende die Gedanken der sogenannten “Neuen Rechten”^{*} auf und stellt sie als richtungweisend für die Politik des Landesverbandes dar:

“Das Modell Ethnopluralismus ist ein Modell der NEUEN RECHTEN. Die alte Rechte ist tot, begraben mit dem Scheitern der NPD Ende der sechziger (sic). Die neue deutsche Rechte hat ihre Wurzeln in der NOUVELLE DROITE, der französischen neuen Rechten. “

“Mit Pierre KREBS, Gerd KALTENBRUNNER, Armin MOHLER oder Hans-Dietrich SANDER sind Vordenker der NEUEN RECHTE (sic) bereits seit Jahren aktiv und bereiten den geistigen Nährboden für unsere Erfolge. Publikationen wie STAATSBRIEFE, MUT, CRITICON, ELEMENTE oder JUNGE FREIHEIT verteilen das richtige Gedankengut in tausende (sic) von Haushalten . . . “

“Der moderne Ethnopluralismus ist das begriffliche Gegenstück zur multikulturellen Gesellschaft. Während das Rezept der m G (sic) in die Irre fährt und, statt eine Gesundung, Krankheit und Siechtum in die Welt trägt, führt der Ethnopluralismus zu einem realistischen Menschenbild... Wer wollte ernsthaft bestreiten, daß die Völker mit ihrer jeweiligen Kultur und Lebensart Schicksalsgemeinschaften bilden. . .”



Verschleuderung von Steuergeldern

Die Realität:

- 1 Milliarde für Israel zum Kauf moderner Waffensysteme
- 10 Milliarden für Polen als Draufgabe für Ostdeutschland
- 14 Milliarden an unsere Westverbündeten, damit sie bleiben
- 65 Milliarden an die Sowjets, damit sie gehen
- 25 Milliarden jährlich an die EG – Tendenz steigend
- 20 Milliarden für den Golfkrieg und seine Folgen
- 14 Milliarden jährlich für die Asylanten

Dazu die ständige Scheckbuchdiplomatie ..

... und das alles in einer Situation, in der Deutschland dringend benötigt werden.

Die Altparteien verlangen:

„Der kleine Mann muß Opfer bringen!“ Deshalb:

- Zuschlag auf Lohn- und Einkommensteuer
- Höhere Benzin- und Heizölsteuer
- Höhere Mehrwertsteuer
- Höhere Tabaksteuer und und und ..

So darf das nicht weitergehen! Wer verhindern will, daß in Deutschland verschleudert werden, der wählt



**DEUTSCHLAND BRAUCHT
DIE REPUBLIKANER
JETZT!**

AN DIE REPUBLIKANER
in NRW

Poßbergweg 61-63
4000 Düsseldorf 12



Bitte schicken
Die Schutzgötter.
Senden Sie mir
 das Partei
 die "Erziehu
 Ihre Analyse
 einen Aufnahm
Das Gewünschte bitte.

Geben Sie bitte deutlich Ihren Namen und Ihre Adresse an. Bitte haben Sie Verständnis, daß wir keine Kosten für den Versand unserer Broschüren übernehmen können. Seit über einem Jahr sperrt uns Frau Süssmuth die uns zustehende Wahlkampfkosten-Rückerstattung. Sie wird uns nicht klein kriegen!

- wir unsere Broschüren nicht
- stundentagswahlkampf 1990

DIE REPUBLIKANER
- heute nötiger denn je -

Bemerkenswert ist auch der "Forderungskatalog für eine zukünftige Ausländerpolitik", der in einem 25-Punkte-Programm die Haltung des Landesvorstandes und die Zielrichtung der "Republikaner" - wenn auch noch als innerparteiliche Diskussionsgrundlage - zur Ausländer- und Asylbewerberproblematik verdeutlicht, u. a.

- "Der Staat lehnt bindend eine multikulturelle Gesellschaft ab. Insbesondere im schulischen Bereich wird stärker auf die deutsche Kultur, Geschichte und Geisteshaltung Rücksicht genommen. Eine nationale Erziehung wird angestrebt."
- "In den Schulklassen wird die Zahl der Ausländer mittels Quote begrenzt. Um den Lernerfolg der heimischen Kinder zu gewährleisten, sind überfrachtete multinationale Klassengemeinschaften abzulehnen."

- “Das Kindergeld wird neu gestaffelt und kommt nur noch deutschen Familien zugute. Für ausländische Kinder wird kein Kindergeld gezahlt. Gerade Ausländererhen erzielen einen hohen Geburtenüberschuß. Zur finanziellen Förderung der deutschen Familien ist die Einstellung des Kindergeldes für Ausländererhen unabdingbar . . . “
- “Ausländer haben auf die hier vorherrschende Kultur und Religion Rücksicht zu nehmen. Der religiöse Glaube ist unantastbar und vom Grundgesetz geschützt. Es soll aber nicht länger gestattet sein, das traditionelle Stadtbild mit fremdländischen religiösen Bauten umzuformen. Der Bau weiterer Moscheen wird untersagt.”

Landesparteitag konnte nicht stattfinden

Der für den 5. Dezember 1992 geplante Landesparteitag in Senden-Ottmarsbocholt (Kreis Coesfeld) fand nicht statt, da der Inhaber des Tagungsorts kurzfristig im Hinblick auf bevorstehende massive Gegendemonstrationen den Mietvertrag kündigte. Dem vom Landesverband beantragten Erlaß einer einstweiligen Verfügung auf Vertragserfüllung hatte das Landgericht Münster nicht stattgegeben.

* Die Vertreter der “Neuen Rechten” proklamieren das “Recht auf Ungleichheit” beklagen die emische und kulturelle “Überfremdung” durch Ausländer und den Verfall abendländischer Werte. Die Anträge des Landesverbandes NRW der Partei “Die Republikaner”, dem Land Nordrhein-Westfalen im Wege einstweiliger Anordnungen zu untersagen, die im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1991 den REP-Landesverband betreffenden Absätze öffentlich zu verbreiten bzw. ihn mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten, hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beschluß vom 29. April 1993 zurückgewiesen. Der Landesverband hat gegen den Beschluß fristgemäß Beschwerde und am 11. Mai 1993 Klage in der Hauptsache erhoben.

2.7.3 Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf (FWG)

Sitz: Düsseldorf
Mitglieder: 40 NRW
Publikation: Düsseldorfdraht

Die aus einer Abspaltung der Ratsfraktion der Düsseldorfer “Republikaner” zum Jahreswechsel 1989/1990 hervorgegangene FWG-Fraktion gründete im November 1991 die FWG, die seit Ende Oktober 1992 planmäßig beobachtet wird.

Die Anhaltspunkte für den Verdacht, daß die FWG rechtsextremistische Bestrebungen verfolgt, zeigen sich u. a. in der personellen Zusammensetzung, in ausländerfeindlichen Aktivitäten, den Kontakten zu rechtsextremistischen Parteien sowie zu Personen aus der Skinheadszene und neonazistischen Organisationen.

- *Der stellvertretende Vorsitzende der FWG, der als ihr Initiator gilt und ihre Aktivitäten maßgeblich beeinflußt, trat in den Medien mehrfach in seiner Eigenschaft als Manager der bekannten neonazistischen Skinband “Störkraft” auf.*
- *Im Gegensatz zu den im offiziellen Mitteilungsblatt “Düsseldorfdraht” und in den “Düsseldorfer Thesen” formulierten und verbreiteten politischen Zielen vertritt die FWG in Flugblättern, Aufklebern und Äußerungen ihrer Mitglieder ausländerfeindliche Standpunkte.*

Neben solchen Flugblattaktionen ist die FWG im Sommer 1992 vor allem mit in großer Zahl im Stadtgebiet Düsseldorf festgestellten ausländerfeindlichen Aufklebern an die Öffentlichkeit getreten.

2.7.4 “Die Bürger”

Sitz: Köln
Mitglieder: ca. 50
Publikation: Bürger-Forum

Die nur regional tätige Gruppierung “Die Bürger” ist aus einem Zusammenschluß der “Deutschen Autofahrer-Interessengemeinschaft” (DAFIG) und den “Republikanern” in Köln anlässlich der Kommunalwahl am 1. Oktober 1989 entstanden, weil nur so der Einzug in den Rat der Stadt Köln möglich wurde. Die DAFIG wiederum hat ihre Ursprünge in einer sogenannten Kultgemeinschaft “Wotans Wölfe”, deren Gründer heute Vorsitzender der “Bürger” ist.

Auf einem sogenannten Vereinigungsparteitag in Köln haben sich “Die Bürger” am 1. Juni 1991 mit der bis dahin nur in Wiesbaden aufgetretenen neonazistischen Gruppierung “Die Deutschen” verbunden. Seit Dezember 1992 werden “Die Bürger” planmäßig beobachtet.

Das beherrschende Agitationsthema der “Bürger” ist die Ausländer- und insbesondere Asylbewerberproblematik.

Ausländer und Asylbewerber werden pauschal als Schmarotzer diffamiert und zu Sündenböcken für soziale Probleme gemacht. Dabei verwenden die “Bürger” ein aggressives, antirassistisches Vokabular.

2.7.5 Wiking-Jugend (WJ)

Sitz: Stolberg
Mitglieder: 400 Bund (1991: 400)
70 NRW (1991: 70)
Publikation: Wikinger

Die WJ ist eine nicht-parteeigebundene rechtsextremistische Jugendorganisation. Sie ist nach dem Führerprinzip organisiert und hängt einer “Nordlandideologie” an:

“Das Deutsche Reich bleibt immer unsere Verpflichtung Nordland heißt unsere Aufgabe. Im Reich liegt das Heil unseres Volkes, im Heil der nordischen Völker liegt die Zukunft unserer Art.“ (Bundesfahrtenplan 1991 der WJ)

Die WJ verstärkte ihre Anstrengungen in den neuen Ländern und konnte nach eigenen Angaben einen deutlichen Mitgliederzuwachs erzielen, der die Mitgliederverluste in den alten Ländern ausgleichen konnte.

Wesentliche Aktivitäten der WJ waren nicht festzustellen. In der Zeit vom 5. bis 8. Juni 1992 führte sie – wie jedes Jahr - in Hetendorf (Kreis Celle) ihr Pfingstlager durch, an dem ca. 200 Personen teilnahmen. Die WJ beteiligte sich auch an dem von Neonazis organisierten “Gedenkmarsch” für Rudolf HESS am 15. August 1992 in Rudolstadt/Thüringen.

2.8 Sogenannte Kultur- und Weltanschauungsorganisationen

Die sogenannten Kultur- und Weltanschauungsorganisationen sind zumeist kleine Zirkel, die zum Teil rassistisches Gedankengut vertreten. Sie haben nur wenige Mitglieder. Ihre Aktivitäten beschränken sich auf interne Veranstaltungen und die Herausgabe von Publikationen. In Nordrhein-Westfalen sind 1992 insbesondere der Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD) und der Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK) durch Verbreitung rechtsextremistischer Schriften in Erscheinung getreten.

2.8.1 Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)*

Sitz: Bochum

Mitglieder: Funktionärskreis

Der FFD ist seit etwa Mitte 1989 durch die Verbreitung rechtsextremistischer Flugschriften in Erscheinung getreten. Eine Organisationsstruktur außerhalb Nordrhein-Westfalens gibt es nicht. Gleichwohl werden die Flugblätter des FFD bundesweit verbreitet.

In einem Flugblatt mit dem Titel "Wer wir sind! Was wir wollen!" nennt der FFD folgende Programmpunkte:

"Der Geschichtsfälschung und Propagandalüge gilt unser Kampf" und
"Deutschland den Deutschen".

Agitation gegen Ausländer

Waren die Hauptthemen der rechtsextremistischen Flugblattaktionen in den Vorjahren die Leugnung des Holocaust und der deutschen Kriegsschuld, so steht 1992 eine militant rassistische mit aggressiver Judenfeindlichkeit gepaarte Agitation gegen die Asylbewerber im Vordergrund der Aktivitäten des FFD.

In einem Flugblatt Nr. 65 mit der Überschrift "Das deutsche Volk klagt an!" heißt es u. a.:

"Wir klagen die deutsche Regierung an, daß sie durch die Verkehrung des Grundrechts auf Asyl für Deutsche in ein Asylrecht pur Ausländer die verfassungsmäßige Ordnung Deutschlands beseitigt hat..., daß sie das keineswegs etwa versehentlich oder irrtümlich gemacht hat, sondern mit voller Absicht, um die totale multirassistische Überfremdung des deutschen Volkes zu erzwingen, die die Voraussetzung für die Weltherrschaft der Internationalisten ist. Aus, indische illegale Invasoren und Verbrecher müssen raus! Wer ihr Hierbleiben befürwortet, ist ein Sympathisant und Komplize von Verbrechern! Das gilt für jedermann, sei er - oder sie - Bundestagspräsidentin, Minister oder einfacher Arbeiter."

"Die Ausländermafia erobert Deutschland!" lautet die Überschrift des Flugblattes Nr. 80. Weiter heißt es:

"Sie greifen tief in die Staatskasse und bedienen sich reichlich, unsere Damen und Herren Abgeordnete, statt sich vorrangig um das Wohl und die Zukunft des deutschen Volkes zu bemühen... Die Fälschung der deutschen Geschichte ist ihr Anliegen, ... die Verschleuderung von Ostdeutschland kümmert sie einen Dreck, ... Millionen von Schwindelasylanten drücken sie schamlos in unser

Land, ... der Überfremdung des deutschen Volkes und seinem Untergang in einem multirassischen und multikulturellen Vielvölkerbrot reden sie das Wort.“

* Am 2. 9. 1993 hat das Innenministerium Nordrhein-Westfalens FFD nach §3 Vereinsgesetz verboten und ihn aufgelöst.

2.8.2 Freundeskreis Unabhängige Nachrichten (UFK)

Sitz: Bochum
Mitglieder: Funktionärskreis
Publikation: Unabhängige Nachrichten (UN)

Der UFK, der auch als "Unabhängige Freundeskreise" auftritt, ist eine im Jahre 1969 gegründete rechtsextremistische Gruppierung ohne erkennbare Organisationsstruktur. Der UFK macht insbesondere durch sein Publikationsorgan "Unabhängige Nachrichten" (UN) auf sich aufmerksam. In der Schrift wird die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft und gegen das Prinzip der repräsentativen parlamentarischen Demokratie agitiert.

Agitation gegen Bonner Politiker

"Entsprechend ihrer Umerziehung zwingen sie uns, als Dukaten-Esel der ganzen Welt 'ewige deutsche Schuld' abzutragen", heißt es in einem Artikel mit der Überschrift "Die zehn Hauptsünden der Bonner Parteien" (UN Nr. 8, 1992). Weiter heißt es dort: "Die zeitgeschichtlichen 'Kenntnisse' der Bonner Politiker sind so erschreckend gering, daß man sie 'Musterknaben der Umerziehung' nennen kann."

"Wir müssen Überfremdung, der Entdeutschung, dem schleichenden Volkstod genau so entschieden entgegentreten, wie dem Landraub des Bodens, den unser Volk zum Überleben braucht." (UN Nr. 4, 1992)

"... versuchen die Politiker der Bonner Lizenzparteien im Kampf gegen ein bald besatzungsfreies, sozialgerechtes, wirklich demokratisches Deutschland, unser Volk zu einer multikulturellen Gesellschaft umzuformen . . .". (UN Nr. 1, 1992).

2.9 Propagandamaterial aus dem Ausland

Deutsche neonazistische Gruppen beziehen einen großen Teil ihres Propagandamaterials aus dem Ausland. Der Hauptproduzent dieses Materials ist der Amerikaner Gary Rex LAUCK, der sich auch "Gerhard LAUCK" nennt. Als Adresse gibt er ein Postfach in Lincoln im US-Bundesstaat Nebraska an. Er verlegt und verbreitet die unregelmäßig erscheinende deutschsprachige Hetzschrift "NS-Kampfruf" und große Mengen von Plakaten, Flugblättern und Aufklebern mit Hakenkreuzen und NS-Parolen. Das ist in den USA weder strafbar noch verboten.

Herausgeber regelmäßig erscheinender NS-Agitationsschriften in deutscher Sprache, die aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden, sind

- *der in Dänemark lebende Deutsche Thies CHRISTOPHERSEN ("Die Bauernschaft")*

- der in Kanada lebende Deutsche Ernst ZÜNDEL („Germania-Rundschreiben“)
- die Österreicher Gerd HONSIK („Halt“) und Walter OCHENSBERGER („Sieg“) sowie
- der Schweizer Dr. Max WAHL („Eidgenoss“).



3 Linksextremismus

3.1 Entwicklungstendenzen

Der Zusammenbruch des kommunistischen Staatensystems hat im Bereich des deutschen linksextremistischen Terrorismus eine Krise ausgelöst und zur Suche nach neuen Wegen revolutionärer Politik geführt. Dabei haben 1992 drei Erklärungen des Kommandobereiches der Rote Armee Fraktion (RAF) besondere Bedeutung. In diesen Erklärungen hat die RAF für die Dauer eines "jetzt notwendigen Prozesses" der "Neubestimmung" ihren vorläufigen Verzicht auf Mordanschläge erklärt, diesen jedoch mit der Drohung verbunden, terroristische Aktionen in der Zukunft unter bestimmten Umständen wieder aufzunehmen. In diesem Zusammenhang hat die Frage der Freilassung von RAF-Häftlingen im Zuge einer von der RAF erstrebten politischen Lösung wesentliche Bedeutung.

Meinungsverschiedenheiten unter den Revolutionären Zellen (RZ) über die zukünftige Form ihres Kampfes schwächen zur Zeit deren Handlungsfähigkeit. Während eine Gruppe im Januar 1992 ihre Auflösung bekannt gab, halten andere Zellen es weiterhin für notwendig, politische Prozesse mit bewaffneter Politik als Guerilla voranzutreiben.

Die terroristische Gefahr ist nicht gebannt. Vorsicht und Wachsamkeit sind weiterhin geboten.

"Autonome"

Die "Autonomen" sind durch ihren verfassungsfeindlichen Aktionismus 1992 in erheblicher Weise in Erscheinung getreten. Die Angriffe von Rechtsextremisten auf Ausländer und Asylbewerber haben die Gewaltbereitschaft in der autonomen Szene gefördert. Es kam zu zahlreichen militanten Aktionen gegen Rechtsextremisten und deren Organisationen. Mit ihrem gewalttätigen Aktionismus hoffen die "Autonomen", in einem gesteigerten Maße auch den Staat in seinem Kernbereich angreifen zu können.

In den frühen Morgenstunden des 27. März 1993 verübte ein Kommando der RAF einen Sprengstoffanschlag auf den noch nicht bezogenen Neubau der Justizvollzugsanstalt Darmstadt-Weiterstadt. In einer im Fluchtfahrzeug abgelegten Taterklärung übernahm ein "Kommando Katharina Hammerschmidt Rote Armee Fraktion" die Verantwortung für die Tat. Die Verfasser erklären u. a., es habe sich nichts daran geändert, "daß wir den Einschnitt in unsere Geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen". Sie seien nach wie vor darauf ausgerichtet eine neue Vorstellung für den revolutionären Umwälzungsprozeß zu entwickeln. Die Verfasser fordern u. a. Freiheit für alle politischen Gefangenen", Kampf gegen "Rassismus von Staat und Nazis" sowie eine "Gesellschaft ohne Knäste". Hierzu sei eine "Basisbewegung von unten" erforderlich. In einer weiteren Erklärung vom 30. März 1993 heben die Verfasser die zentrale Bedeutung der von ihnen geforderten politischen Lösung der Gefangenenfrage hervor.

Revolutionäre-marxistische Organisationen

Die Anziehungskraft der bisher als "orthodox-kommunistisch" bezeichneten Organisationen (z. B. Deutsche Kommunistische Partei - DKP -) und die hiervon ausgehenden verfassungsfeindlichen Bestrebungen haben 1992 weiter nachgelas-

sen. In dieser Erkenntnis bemühen sich diese Organisationen um ein neues Selbstverständnis. Sie suchen nach neuen Konzepten, die den vom Zerfall des "realen Sozialismus" in den Staaten des ehemaligen Ostblocks ausgelösten Auswirkungen Rechnung tragen sollen.

Die Organisationen und Parteien der "Neuen Linken" sind im Jahr 1992 vergleichsweise stabil, aber gesamtpolitisch ohne große Bedeutung geblieben.

3.2 Deutscher linksextremistischer Terrorismus

3.2.1 Rote Armee Fraktion (RAF) und Umfeld

Der gesamte RAF-Bereich setzte 1992 seine Agitation für die sofortige Freilassung der "Haftunfähigen" und der "Gefangenen - die am längsten sitzen" fort. Darüber hinaus wurde weiterhin die Zusammenlegung der "Gefangenen aus RAF und Widerstand" und deren Freilassung in einem überschaubaren Zeitraum gefordert. Zeitgleich stellte sich - insbesondere im Zusammenhang mit drei Erklärungen der RAF - die Frage einer Neubestimmung revolutionärer Politik.

Erklärungen des RAF-Kommandobereiches

In drei Erklärungen vom 10. April, 29. Juni und vom August 1992 stellte die RAF selbstkritisch fest, daß sie mit ihren Anschlägen die damit verbundenen Ziele nicht erreicht und 1989 angefangen habe, über eine Neubestimmung ihrer Politik nachzudenken. Es gehe um einen "Prozeß von Diskussionen und Aufbau einer Gegenmacht von unten", was "als einen ganz wesentlichen Bestandteil den Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen" miteinschließe. Die RAF fordert "Freiheit aller politischen Gefangenen in einem absehbaren Zeitraum". Mit ihrer Ankündigung, "die Eskalation zurückzunehmen", wolle die RAF Raum für politische Lösungen schaffen. Die Entscheidung der RAF, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, sei jetzt vom Verhalten des Staates, insbesondere in der Häftlingsfrage, aber auch an anderen "Brennpunkten", wie z. B. dem Rassismus gegen Flüchtlinge und dem Schutz von Faschisten durch die Polizei, abhängig. Sollte der Staat allerdings keinen "Entwicklungsraum" für die angestrebte "Gegenmacht von unten" zulassen, sei "die notwendige und historisch logische Antwort, daß der bewaffnete Kampf zurückkommen wird".

Erklärung der RAF vom 10.04.1992

WIR HABEN UNS ENTSCHIEDEN, DASS WIR VON UNS AUS DIE ESKALATION ZURÜCKNEHMEN. DASS HEISST, WIR WERDEN ANGRIFFE AUF FÜHRENDE REPRÄSENTANTEN AUS WIRTSCHAFT UND STAAT FÜR DEN JETZT NOTWENDIGEN PROZESS EINSTELLEN.

dieser prozess von diskussionen und aufbau einer gegenmacht von unten schliesst für uns als einen ganz wesentlichen bestandteil den kampf für die freiheit der politischen gefangenen mit ein.
aus 20 jahren ausnahmezustand gegen die gefangenen, folter und vernichtung, geht es jetzt darum, ihr recht auf leben durchzusetzen - ihre freiheit erkämpfen !

wenn sie diejenigen, die diesen prozess für sich in die hand nehmen, mit ihrer walze aus repression und vernichtung plattmachen, also weiter auf krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die phase des zurück - nehmens der eskalation vorbei - wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.

wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, dass ihre eliten auch nicht leben können.
auch wenn es nicht unser interesse ist : krieg kann nur mit krieg beantwortet werden.

rote armee fraktion
10. 4. 1992

Erklärung der RAF vom 29.06.1992

wenn der staat diesen prozess niedermachen will. ist es eine frage an alle. wie wir unsere vorstellungen dann dagegen durchkämpfen - und wir werden uns da nicht aus der verantwortung ziehen.



Für uns ist das ein offensiver Schritt, weil wir mit der Gewißheit in diese Phase eingegangen sind, daß die gesamte Situation jetzt an einem Scheidepunkt ist, von dem aus nichts mehr so bleiben wird, wie es vorher war – auch wir, die RAF, nicht: Entweder wir erkämpfen in diesem Prozeß hier in der BRD einen Entwicklungsraum für eine Gegenmacht von unten, für eine politische Organisation von Fundamentalopposition und für Basisbewegungen oder wenn die staatliche Seite nicht zurückweicht, dann wäre die notwendige und historisch logische Antwort, daß der bewaffnete Kampf zurückkommen wird, aber nicht nur als Entscheidung, daß allein wir, die RAF, weiter Aktionen machen, sondern als Entscheidung von vielen, die sich jetzt in den gesamten Prozeß reinstellen. Wenn viele mit dem Bewußtsein darüber in die Auseinandersetzung gehen und diese Frage, was die Antworten sein müssen, wenn der Staat das Vernichtungsinteresse aufrechterhält, nicht nur an uns, sondern genauso an sich selbst stellen, dann wird *das* eine scharfe politische Waffe, die wir gegen diesen Staat in der Hand haben.

Es muß der Regierung, den Wirtschaftseliten und den Staatsschützern aller Fraktionen unmißverständlich klargemacht werden, daß die Konsequenzen für diesen Staat, wenn er am Ausmerzverhältnis festhält, bei weitem das übersteigen werden, womit er konfrontiert gewesen wäre, wenn wir am 10. 4. nicht diesen Schnitt in unserer Geschichte gemacht hätten.

Unsere Orientierung ist heute in erster Linie, einen gesellschaftlichen Prozeß zu entwickeln, in dem sich Gegenmacht von unten organisiert, die auch dieser repressiven Walze Grenzen setzt und sie zurückdrängt.

Wenn sich abzeichnen sollte, daß der Staat keinen Raum zuläßt, in dem sich so was organisieren kann bzw. wenn sie vorhaben, schon erkämpfte Räume plattzuwalzen, wird es notwendig sein, diesen Staat zurückzukämpfen. Unsere Entscheidung, an so einem Punkt zu intervenieren, werden wir aus der Diskussion derer, die sich in den Prozeß reinstellen, treffen. Sie wird sich daran orientieren, ob es für diesen Prozeß sinnvoll und notwendig ist. Wir werden die bewaffnete Intervention dann als ein Moment des Zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere Strategie. Wir werden also nicht einfach zum Alten zurückkehren. Diese Eskalation ist nicht unser Interesse. Aber der Staat muß wissen, wenn er keine andere Möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer Seite die Mittel, die Erfahrung und die Entschlossenheit gibt, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen. Sie können unsere Erfahrungen aus 22 Jahren bewaffnetem Kampf nicht mehr auslöschen.

Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung.

Rote Armee Fraktion
August 1992

Erklärung Irmgard MÖLLERs “für die Gefangenen aus RAF und Widerstand”

Im Zusammenhang mit der RAF-Erklärung vom 10. April 1992 hat sich die RAF-Gefangene Irmgard MÖLLER in einer Erklärung vom 15. April 1992 “für die Gefangenen aus RAF und Widerstand” geäußert. Die Entscheidung der “Genossen” sei richtig. Es müsse auch nach Auffassung der Häftlinge “zu einer Neubestimmung von Inhalten und Formen der eigenen Politik” kommen. Die Häftlinge erhoffen sich in einem absehbaren nächsten Zeitraum eine Perspektive für ihre Freilassung, wobei vier als “haftunfähig” angesehene Gefangene zuerst und die RAF-Gefangenen Bernhard RÖSSNER und Günter SONNENBERG sofort freigelassen werden müßten.*

Erklärung des RAF-Häftlings Karl-Heinz DELLWO

In seiner Erklärung vom Oktober 1992 kritisierte der in der Justizvollzugsanstalt Celle einsitzende Karl-Heinz DELLWO, daß mit der Entscheidung der Bundesministerin für Justiz, Bernhard RÖSSNER Strafausstand für die Dauer von 18 Monaten zu gewähren, “die Notwendigkeit einer politischen Antwort des Staates auf die Gefangenenfrage, aber auch auf die RAF”, unterlaufen werde. Eine angeblich vom Bundespräsidialamt gegebene Zusage zur Freilassung Bernhard RÖSSNERs auf dem Gnadenwege sei gebrochen worden. Auf den “qualitativen Schritt der RAF”, “die Frage des bewaffneten Kampfes offen” gemacht zu haben, sei bisher keine entsprechende Antwort des Staates erfolgt. Es gebe grundsätzlich gegenüber den

Gefangenen und der RAF von seiten des Staates keine offene politische Situation mehr. Gleichwohl kündigte er an, daß er und sechs weitere RAF-Häftlinge zur Mitarbeit in den anstehenden Strafaussetzungsverfahren weiterhin bereit seien. Außerdem erklärte er, keiner von ihnen werde nach seiner Freilassung zum bewaffneten Kampf zurückkehren.

Die Entscheidung des RAF-Kommandobereiches wurde im RAF-Umfeld überwiegend akzeptiert. Die Erklärungen stießen aber teilweise auch auf Kritik oder Unverständnis.

Reaktionen des RAF-Umfeldes

In zwei Erklärungen vom 22. April und 22. Mai 1992, die an verschiedene Tageszeitungen und Nachrichtenagenturen (u. a. in Bonn, Düsseldorf und Köln) versandt wurden, kritisiert eine Gruppe, die sich selbst als Teil des "Widerstandes in der BRD" begreift, den in der RAF Erklärung vom 10. April 1992 geäußerten vorläufigen Verzicht auf Mordaktionen. Für die Verfasser sind militante Aktionen "nicht nur moralisch notwendig, sondern auch politisch sinnvoll. Widerstand heißt Angriff!".

Das RAF-Umfeld in NRW agitierte in Veranstaltungen, bei Demonstrationen, in Publikationen, Flugblättern, Radiosendungen sowie durch Plakat- und Schmieraktionen für die "Freilassung der politischen Gefangenen". In diesem Zusammenhang seien beispielhaft folgende Demonstrationen genannt:

RAF-Umfeld agitiert für die Freilassung inhaftierter RAF-Mitglieder

- *Am 22. Mai 1992 beteiligten sich rund 80 Personen, darunter des RAF-Umfeldes aus den Städten Bonn, Düsseldorf, Köln und Wuppertal, an einer Demonstration vor dem Justizministerium in Düsseldorf*
- *Am 20. Juni 1992 beteiligten sich Personen des RAF Umfelses, u. a. aus Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Köln, Münster und Wuppertal, an einer bundesweiten Demonstration "Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen" mit insgesamt etwa 2000 Personen in Bonn. Die Demonstration war in regionalen und überregionalen Treffen vorbereitet worden. Auf den Kundgebungen hielten u. a. Angehörige von Häftlingen des RAF-Bereichs Redebeiträge bzw. verlasen Grußbotschaften einzelner RAF-Häftlinge mit den bekannten Forderungen nach sofortiger Freilassung der Haftunfähigen und Zusammenlegung der übrigen "politischen Gefangenen" bis zu deren Freilassung in einem überschaubaren Zeitraum.*

bzw. dessen Fortführung geführt. Im Verlauf dieser Diskussion erklärte im Januar 1992 eine Gruppe der Revolutionären Zellen ihre "Selbstaflösung". Die unbekanntesten Verfasser dieser Erklärung bekennen sich zu weiteren "illegalen Aktionen" in Nordrhein-Westfalen. Im Zusammenhang mit dem fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlag auf die Staatskanzlei und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf im Januar 1991 greifen sie hierbei die "Asyl-/ Flüchtlingsproblematik" auf. Die "Selbstaflösung" wurde von anderen Revolutionären Zellen bzw. ihnen politisch nahestehenden Gruppen teilweise heftig kritisiert. Nicht in die Illegalität gehen zu müssen, aber trotzdem erfolgreich "illegal" handeln zu können, habe sich sowohl in der Praxis der Revolutionären Zellen als auch der "Autonomen" bewährt. Nur mit diesem Konzept sei es möglich, militantes Handeln zu "vermassen".

Festnahme eines mutmaßlichen RZ-Angehörigen

Am 3. Dezember 1992 wurde in Duisburg der Betreiber eines alternativen Buchladens u. a. wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen/Rote Zora" festgenommen, nachdem bei einer polizeilichen Durchsuchung seines Kellerraumes sowie seiner Wohnung u. a. Schußwaffen, Handgranaten, Blankoausweisdokumente, etwa 11 kg gewerblicher Sprengstoff sowie Zündkapseln aufgefunden worden waren. Erste polizeiliche Feststellungen haben ergeben, daß es sich um gestohlenen Sprengstoff handelte, der u. a. von Revolutionären Zellen beim versuchten Sprengstoffanschlag auf die Staatskanzlei im Januar 1991 verwendet worden war.

3.2.3 Sonstiges terroristisches Umfeld

Gewaltbereitschaft im Bereich örtlicher Kleingruppen des sonstigen terroristischen Umfeldes ist wiederholt festgestellt worden. Die meist unbekanntesten Täter entstammen einer Mischszene, die - bei fließenden Grenzen - durch sozialrevolutionär ausgerichtete RZ-Nachahmer, Abspaltungen des RAF-Umfeldes und andere militante Linksextremisten gekennzeichnet ist. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen:

- *In der Nacht zum 12. Januar 1992 beschädigten Unbekannte vier Tankstellen der Firma Shell in Aachen. In einer sechsseitigen Erklärung rufen die Verfasser dazu auf, "mit aller Kraft Widerstand gegen das Europa der Banken, Bonzen und Bullen" zu leisten. Sie selbst reihen sich als Teil in den gesamten Widerstand ein. In einer zweiten Erklärung bekennt sich offensichtlich dieselbe Gruppe zu Sachbeschädigungen an einer Filiale der Deutschen Bank in Aachen in den Monaten Juni, Juli, August und Oktober 1991. Die Erklärung verknüpft sozialrevolutionäre Elemente mit der Gefangenenthematik des RAF-Bereiches*
- *In der Nacht zum 29. April 1992 warfen Unbekannte drei mit Brandbeschleuniger gefüllte Flaschen gegen das Eingangstor der als Abschiebehafteinrichtung vorgesehenen Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede I, Zweiganstalt Gütersloh. Am 2. Mai 1992 ging bei einer örtlichen Zeitung die Erklärung einer "Antiimperialistischen Aktion" ein, in der die Tat mit den Themen "Rassismus, 500 Jahre Kolonialismus" sowie Mobilisierung gegen den Münchener Weltwirtschaftsgipfel 1992 verknüpft wird. Die Aktion solle "die Möglichkeit aufzeigen,*

jetzt realen Widerstand zu entwickeln und damit einen Ausweg aus der selbst-erklärten ‚Krise‘ der Linken“ zu finden.

3.3 Gewaltbereites autonomes Spektrum

Seit Anfang der 80er Jahre werden die von „Autonomen“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen unter besonderer Berücksichtigung der von dieser „Szene“ ausgehenden Militanz vom Verfassungsschutz beobachtet. Nicht der Beobachtung unterliegen solche nonkonformistischen „autonomen“ Gruppen, die in unserer pluralistischen Gesellschaft im Rahmen des Grundgesetzes extreme, jedoch nicht extremistische Positionen beziehen.



Strukturen

Inzwischen ist davon auszugehen, daß in allen größeren Städten Nordrhein-Westfalens zumindest eine autonome Gruppe entstanden ist, die sich in ihrem "harten Kern" aus 10 bis 20 Personen zusammensetzt. Als Gruppe kennzeichnet diese Personenzusammenschlüsse die regelmäßige Kommunikation untereinander, ein gemeinsames (politisches) Handeln und praktizierte Solidarität. Dem gewaltbereiten "harten Kern" werden ca. 400 Personen in Nordrhein-Westfalen zugeordnet.

Kommunikation

Der Kommunikation innerhalb der "Szene" dienen vor allem die sogenannten Info-läden bzw. regionale und überregionale Szeneschriften, wie z. B. "AGITARE BENE" und "radikal". Daneben werden zunehmend die von privaten Rundfunksendern zur Verfügung gestellten Sendezeiten, die sogenannten offenen Kanäle, als ein neues Kommunikationsmittel genutzt.

Anklang bei jungen Menschen

Die von den "Autonomen" propagierte Aussicht auf ein von "bürgerlichen Zwängen freies Leben" fand vor allem bei jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren Anklang, die sich - oft ausgelöst durch eine als frustierend empfundene Situation in der Schule, im Beruf, in der Universität oder in der Familie -autonomen Gruppen angeschlossen haben. Viele wenden sich schon nach wenigen Jahren ernüchert über das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit autonomer Lebensziele von der Szene ab.

Die "Autonomen" führen ihren Kampf gegen den "verhaßten Staat" weitgehend ohne ein gemeinschaftliches Konzept und ohne eine als verbindlich anerkannte Ideologie. Eine organisatorische Ordnung in festen Strukturen war nicht festzustellen. Im Rahmen ihrer "Antifaschismus/Antirassismus-Kampagne" wurde jedoch 1992 eine zunehmende Akzeptanz für festere Strukturen innerhalb der autonomen Szene erkennbar.

Militanter "Antifaschismus/Antirassismus"

Der die autonome Szene kennzeichnende "militante Aktionismus" hat 1992 durch das Thema "Antifaschismus/Antirassismus" einen erheblichen Auftrieb erlangt und ist die gemeinsame Basis für vielfältige Aktivitäten geworden. Mit den zahlreich durchgeführten militanten Aktionen gegen Personen und Einrichtungen des rechtsextremistischen Spektrums hofften die "Autonomen", insoweit auch den Staat, den sie "selbst in einer faschistischen Tradition stehend" sehen und der dazu neige, "Rechtsextremisten zu schützen", in seinem Kernbereich angreifen zu können. Seit etwa Mitte 1992 haben "Autonome" darüber hinaus mit dem Versuch begonnen, eine zentrale Organisation aufzubauen, um den "antifaschistischen Kampf" besser koordinieren zu können. Ende Juli wurde zu diesem Zweck mit dem Aufbau einer bundesweiten "antifaschistischen Aktion/ Organisation" begonnen.



“Antifaschistische Agitation”

Die Übergriffe von Rechtsextremisten auf Ausländer und Asylbewerber führten dazu, daß im Verlauf des Jahres 1992 mit immer aggressiveren Parolen zu “antifaschistischen Aktionen” aufgefordert wurde. Hieß es ursprünglich, “schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft”, wurde zunehmend mit der Parole, “trefft die Faschisten, wenn ihr sie schlagt” oder “schlagt die Glatzen bis sie platzen” agitiert. In der Anfang Februar 1992 verbreiteten Schrift “radikal” wurde unter dem Stichwort “Antifa-Kampf” die gemeinsame Militanzbereitschaft der Szene durch die Veröffentlichung von Tatbekennungsschreiben deutlich, und es wurde unter der Veröffentlichung von Namen, Bildern und Adressen von Rechtsextremisten zu weiteren “Aktionen” aufgefordert.

Beispielhaft für “antifaschistische Aktionen” sind zu nennen:

“Antifaschistische Aktionen”

- *in Bochum-Wattenscheid verschafften sich Anfang März 1992 vier verkleidete Personen gewaltsam Zugang zur Wohnung eines Rechtsextremisten. Unter Vorhalt einer Schußwaffe mißhandelten sie ihn und seinen Besucher und fesselten beide. Danach richteten sie größere Sachschäden an und entwendeten rechtsextremistisches Propagandamaterial*
- *bei einem Überfall Vermummter im Juni 1992 in Wuppertal auf zwei Personen des “rechten Spektrums”, wurde eine Person schwer verletzt. Eine 15jährige Schülerin wurde aufgefordert, den Aufenthalt ihres Freundes zu nennen. Als sie dies verweigerte, wurden ihr am Unterarm 13 Messerschnitte beigebracht*
- *auf das Wohnhaus des 1. Vorsitzenden der Republikaner in Werne wurden im Jahre 1992 mehrere Brandanschläge verübt*
- *in der Nacht vom 4. auf den 5. November 1992 wurde in die Garage der ehemaligen Vorsitzenden der “Hilfsorganisation für nationale politische Gefan-*

gene und deren Angehörige e. V.” (HNG) in Bielefeld eingebrochen, der dort abgestellte PKW zerstört und an die Garageninnenwand “Faschistin” gesprüht

- *im Vorfeld einer angemeldeten Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene in Mönchengladbach wurden am 15. November 1992 drei dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnete Personen von einer ca. 30 bis 40 Personen starken Gruppe angegriffen.*
- *Dabei wurden die 3 Personen mit einer automatischen Pistole bedroht und durch Faust- und Knüppelschläge mißhandelt*
- *am 26. November 1992 drangen ca. 12 bis 15 vermummte Personen in die Büroräume der Ratsfraktion der “Deutschen Liga” in Köln ein, schlugen und fesselten einen anwesenden Fraktionsassistenten. Anschließend wurde die Einrichtung zerstört*
- *mit Sturmhauben Vermummte griffen am 2. Dezember 1992 in Essen drei der rechtsextremistischen Szene angehörende Personen tötlich an. Einer der Geschädigten erlitt hierbei erhebliche Verletzungen. Die Täter führten bei der Aktion u. a. ein Reizstoffsprühgerät, einen Gasrevolver und ein Fauststechmesser sowie ein Aufforderungsschreiben der linken Szene zur Gewalt gegen Rechtsextremisten mit sich.*

Beteiligung des RAF-Umfeldes

An Demonstrationen und Standkundgebungen “gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit” beteiligten sich teilweise auch Personen des RAF-Umfeldes in Nordrhein-Westfalen. Es besteht jedoch eine gewisse Ratlosigkeit in der Frage, was man tun könne, um einen wirksamen “politischen Prozeß” in Gang zu bringen.

Schaffung “Autonomer Zentren”

Der Haß auf den Staat und die Ablehnung “bürgerlicher Lebensformen waren auch 1992 Ursache und Antrieb für die autonome Szene, sich durch die Besetzung von Häusern, deren Umwandlung in “Autonome Zentren” und deren notfalls gewaltsame “Verteidigung”, “rechtsfreie Räume” für ein “selbstbestimmtes Leben” zu erkämpfen. In das Blickfeld der Szene rückten dabei leerstehende Objekte, von denen die Szene annimmt, daß sie einer Nutzung als Wohnraum durch “Spekulant und Miethaie” oder durch die staatliche “Bürokratie” vorenthalten werden. Zu Hausbesetzungen kam es insbesondere in Aachen, Köln und Wuppertal.

Sonstige Aktionsfelder

“Autonome” beteiligten sich als maßgebliche Kraft an den Vorbereitungen zu den Demonstrationen zu dem sogenannten Kleinen Wirtschaftsgipfel (8./9. Mai 1992 in Münster) und an den Vorbereitungen von Aktionen/Demonstrationen gegen den Weltwirtschaftsgipfel (6. bis 8. Juli 1992 in München). An der Demonstration gegen das Treffen der Wirtschafts- und Handelsminister am 9. Mai 1992 in Münster nahmen ca. 2 800 Personen teil. Im Vorfeld und während der Demonstration kam es zu Sachbeschädigungen.

3.4 Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten

3.4.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Sitz des

Parteivorstandes: Essen

Mitglieder: unter 7.000 Bund (1991: 8.000)

unter 2.100 NRW (1991: 2.800)

Publikation: Unsere Zeit (UZ)

Nach wie vor ist die DKP die bedeutendste "orthodox-kommunistische" ausgerichtete Partei im Bereich des Linksextremismus. Die politischen Diskussionen innerhalb der DKP und die von der Partei im Zusammenhang mit dem vollständigen Niedergang des "realen Sozialismus" in den Staaten des ehemaligen Ostblocks als notwendig angesehene "Neuorientierung" richteten sich auch 1992 am Marxismus/Leninismus aus.

Innerparteiliche Situation

Der zu grundsätzlichen Fragen bestehende innerparteiliche Streit verlor 1992 an Bedeutung. Jedoch führten insbesondere im ersten Halbjahr Äußerungen aus dem Sprecherrat zur Asylpolitik, zur Frage des Selbstverständnisses der DKP und zur Bündnispolitik zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen. Diese und die erheblichen persönlichen Spannungen im Sprecherrat erschwerten die politische Arbeit.

Als Folge des innerparteilichen Streits wurden zwei Mitglieder des Sekretariates des Parteivorstandes - eines davon Sprecherratsmitglied - im Juni aus ihren Funktionen im Sekretariat abgewählt. Sie warfen der "entmachtenden" Mehrheit des Parteivorstandes u. a. vor, die Selbständigkeit der DKP zugunsten eines Zusammengehens mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) aufgeben zu wollen.

"Neue" Orientierung auf "alte" Ziele

Im Juli 1992 veröffentlichte die DKP den Entwurf ihrer "Thesen zur programmatischen Orientierung" und stellte diese zur innerparteilichen Diskussion. Ausdrücklich bekräftigt die DKP in dem Thesenpapier die von ihr bisher vertretenen marxistisch-leninistischen Positionen. In einigen Bereichen fällt sie auf Standpunkte zurück, wie sie im Marxismus-Leninismus vor dessen "Weiterentwicklung" ab 1985 vertreten wurden.

Auf dem 12. Parteitag am 16./17. Januar 1993 in Mannheim wurden die "Thesen" mit großer Mehrheit verabschiedet. Darin und in dem ebenfalls verabschiedeten Parteistatut hält die DKP an "orthodox-kommunistischen" Positionen fest und will insbesondere



14. 11.: Auf zur Großdemo in Bonn!

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung

Das ist die Wahrheit: Die kleinen Leute in Ost und West sollen noch mehr bluten

Titel der Woche

Kanzler Kohls zweite Steuerlüge

Einer, der manches in den Schatten stellt, was vor ihm in Bonn zusammengeknallt wurde, verkündete die „Stunde der Wahrheit“. Nach der „Blut-Schweiß-und-Tränen“-Rede Kanzler Kohls auf dem CDU-Parteitag zeigt sich, daß auch sie gelogen war.

Nicht erst 1995 – wie Kohl glauben machen wollte – sondern praktisch ohne Verzögerung – nämlich schon im Sommer 1992 – mußten die Steuerzahler mit der zweiten Steuerlüge rechnen. Die CDU-Regierung hat sich im Sommer 1992 für die zweite Steuerlüge entschieden. Die CDU-Regierung hat sich im Sommer 1992 für die zweite Steuerlüge entschieden.

den über Schritte, wie den Leuten schreit-wirksam in die Tasche gegriffen werden kann, beginnt bei denen, die sich am wenigsten wehmen können. So wurde, beziehend genug sogar mit Zustimmung der SPD – von einer Bonner Stenochrunde festgelegt, daß sich im Rahmen der „Gesundheitsreform“ freiwillig versicherte Neuzustromer auf eine empfindlichen Schenkung ihrer Einkünfte einzustellen haben. Während Altrentner mit der Zahlung eines halben Beitrags zur Krankenversicherung „ab von kranken“, sollen alle, die vom nächsten Jahr ab in Rente gehen, den vollen Satz bezahlen. Dies ist ein der Voorgeschnack des beginnenden Strohkonkretes. Im CDU-Wirtschaftsrat, in dem es Stimmen gibt, daß höhere Steuern wegen der damit verbundenen Nachfrageplump der niedrigen Konjunktur den Rest geben müssen, beschäftigen sich dennoch bereits die Finanzminister mit dem

stern – angeblich „aufkommensneutral“ – ist gerade erst beschlossen. Verkehrsminister Krause ließ es sich anlassen in Sachen Schräglage des Normalbürgers besonders forsch vorzugehen: Schon 1994, verkündete er wird die Autobahngebühren eingeführt. Eine Folge davon trifft auch Nichtmotorisierte: Preissteigerungen wegen verunsicherten Warentransports. Das Urbelagen über den de facto-Bankrott der bisherigen Finanz- und Wirtschaftspolitik reicht bis in die Chefetagen der Wirtschaft. Dort klingen den Managern zwar Bonner Rezepte wie Lohnverzicht, Tarifflöschung und Konzernabschlüsse wie Musik in den Ohren. Aber bei der sich abzeichnenden Einschränkung der Massenkaufkraft kann aus der Konjunkturschwäche ein regelrechter Absolut werden.

Sündenbocksuche

Stunde der Wahrheit: Gürtel enger schnallen



Die 9. Seite
Aus: „Express“, Köln

Zeichnung Hans Holzner

So sind denn hiesigen Kürze dank Treuhand Milliardenwerte ehemaligen Volkseigenen für Postkass-

senberügle oder die bekannte „symbolische Mark“ verramscht worden.

Die Erblast der Treuhand

Während der Kanzler die „SED-Erblast“ vorzieht, halten gerade in der märkischen Stadt Prenzlau 2000 Arbeiter ihren Betrieb besetzt, um seine Platzmachung zu verhindern. Dieser Chemiefaserbetrieb mit hunderten von Wechselschichten, mehr-

Eine „Veränderung des Asylartikels im Grundgesetz ... dürfte so behutsam ausfallen, daß sie auch für viele, die den Artikel eigentlich unangetastet bewahren wollen, gerade noch erträglich ist... Damit aber wäre eine Bremsche geschlagen. Wenn man es einmal getan hat, gibt es kein grundsätzliches Hindernis mehr, künftig abermals diese Verfassungsbestimmung ... anzupassen“.

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 19. Oktober 1992

In dieser Ausgabe

75 Jahre Oktoberrevolution

Hans Heinz Holz zu den blutigen Lehren des Roten Oktober: „Wir haben allen Grund, die Schüsse des Panzerkreuzers ...“

DKP hält an orthodox-kommunistischen Positionen fest

- *“an die Stelle der Herrschaft des Kapitals die Macht der Arbeiterklasse” setzen*
- *als Ziel den Sozialismus/Kommunismus errichten*
- *als marxistische Partei eine politische Organisation der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten sein*
- *sich als marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung an den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus orientieren und dessen Weiterentwicklung fördern*
- *eine Gesellschaft schaffen, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum ersetzt wird und in der die gesellschaftliche Produktion nach gesellschaftlicher Planung erfolgt.*

Bezirke Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen

Zur Vorbereitung des 12. Parteitages führten die nordrhein-westfälischen DKP-Bezirke Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen im November ihre Bezirksdelegiertenkonferenzen durch. Durch die Wahl eines Bezirksvorsitzenden und seiner Stellvertreterin kehrte man im Bezirk Ruhr-Westfalen zu „alten“ Führungsstrukturen zurück und erklärte dem Modell eines Sprecherrates eine Absage. Im Bezirk Rheinland-Westfalen wird die anhaltende Führungsschwäche durch die Wahl lediglich eines Sprechers dokumentiert. Den neu gewählten Vorständen gehören im Bezirk Ruhr-Westfalen 31 Mitglieder und im Bezirk Rheinland-Westfalen 19 Mitglieder an.

Die Bezirksdelegiertenkonferenzen haben nach eigener Einschätzung zu einer Konsolidierung der Partei beigetragen. Der innerparteilichen Bestandsaufnahme dient die Ausgabe neuer Mitgliedsbücher. Die Partei erhofft sich nach Abschluß dieser Aktion verlässlichere Angaben zum Mitgliedsbestand. In beiden Bezirken verfügt die DKP über so viel Geld, daß Beträge auf Festgeld-Konten deponiert werden konnten.

HEISSE EISEN

INFORMATIONEN DER DKP DORTMUND

Nr. 4 - Juli '92



Aktionärsversammlung Hoesch:

Belegschaft war im falschen Saal

Es wurde ein neuer Stahlkönig geboren: Cromme. Und als Taufpaten standen SPD und IG Metall.

Die überhöhten Dividenden, die Hoesch zahlt, kommen Krupp als Hauptaktionär mit 62% zugute. Damit kann er die Kredite für den Kauf von Hoeschaktien bezahlen.

Die Dividendenausschüttung geht auf Kosten von beschlossenen Investitionen im Hoeschbereich. z. B. einer neuen

Die Deutschen an die Front

Bis jetzt haben wir Deutsche uns selbst verboten, überall in der Welt Kriege zu führen oder uns an Kriegen in aller Welt zu beteiligen. Aus guten Gründen. Bis jetzt.

In unserem Grundgesetz (Artikel 87a) steht: "Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf." Und (Grundgesetz Artikel 115a): Der Verteidigungsfall ist nur gegeben, wenn "das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht". Bis jetzt.

Diese Sätze sind den Parteien der Regierungskoalition ein Dorn im Auge. Die Grenzen sind ihnen zu eng gesteckt, selbst nachdem wir doch - wenn auch verfassungswidrig - per NATO-Vertrag die Grenzen der Bundesrepublik in der Türkei verteidigen sollen, selbst in Kanada, wenn dies erwünscht ist.

Wir sind wieder wer! Das "größere Deutschland" muß endlich "Verantwortung übernehmen" in der Welt, heißt es. "Blauhelm-Einsätze" soll die Bundeswehr machen.

Nicht mal eben nur 40 Milliarden Mark bezahlen wie für den angeblichen UNO-Einsatz namens "Golfkrieg" - Mit-

Weitere politische Aktivitäten:

Politische Aktivitäten

- *Im Juli 1992 trafen sich nach eineinhalbjähriger Pause Vertreter der Parteivorstände von DKP und PDS zu einem Informations- und Meinungsaustausch, der auf Vorstandsebene fortgesetzt werden soll*
- *Auf internationalen Treffen und auf von der DKP organisierten Seminaren machten Vertreter der DKP mehrfach deutlich, daß sie den Prozeß eines zusammenwachsenden Europas in der sich abzeichnenden Form ablehnten. Die DKP sehe es als Aufgabe der europäischen Kommunisten an, gegen den Einigungsprozeß eine gemeinsame Strategie auch im Hinblick auf die EG-Wahl 1994 zu erarbeiten*

- *Unter maßgeblicher Beteiligung von DKP-Mitgliedern führte die "Essener Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges" im Mai 1992 in Essen eine Demonstration durch. An der Vorbereitung und Durchführung dieser von ca. 700 Personen besuchten Veranstaltung war ein breites Bündnis u. a. marxistisch-leninistisch orientierter Parteien und Gruppen beteiligt. Neben der Erinnerung an den Tod eines Demonstranten im Jahr 1952 war das Hauptanliegen der Demonstration die Kritik an dem "Bonner Staat der Kriegstreiber und sein Ostlandritt"*
- *Den 80. Geburtstag Erich HONECKER's nahm die DKP zum Anlaß, unter dem Stichwort "Freiheit für Erich Honecker" zu agitieren und forderte dessen Haftentlassung. Mit einer solchen Zielsetzung agitierte ebenfalls das von zwei Altkommunisten organisierte, maßgeblich von DKP-Mitgliedern getragene "Solidaritätskomitee für Erich HONECKER und alle verfolgten Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland".*

3.4.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Sitz: Essen

Mitglieder: ca. 300 Bund (1991: über 300)

Unter 100 NRW (1991: unter 100)

Die SDAJ wurde 1968 gegründet und ist seitdem eine der DKP nahestehende Jugendorganisation mit revolutionärer sozialistischer Programmatik.

Als Höhepunkt ihrer Aktivitäten bezeichnete die SDAJ ihr jährliches "Pfingstcamp", das im Juni 1992 in Schwerte (Ortsteil Ergste-Tiefendorf) unter Beteiligung von bis zu 350 Personen veranstaltet wurde. Zu den Gästen gehörten Mitglieder der DKP, ein Botschaftsvertreter Kubas und eine Angehörige der Kommunistischen Partei Haitis.

3.4.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Sitz: Essen

Mitglieder: ca. 1700 Bund (1991 : 1500)

ca. 600 NRW (1991:600)

Publikation: Rote Fahne

Die 1982 gegründete MLPD bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Die MLPD sieht es als ihre Aufgabe an, "die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und ihre Kämpfe zu einem umfassenden, gegen das Monopolkapital und seinen Staat als politisches Herrschaftsinstrument gerichteten Kampf höherzuentwickeln". Unbeeindruckt von dem Zerfall des "realen Sozialismus" in den Staaten des ehemaligen Ostblocks richteten sich die verfassungsfeindlichen Bestrebungen weiterhin auf den "Sturz der Monopolherrschaft und auf den Aufbau des echten Sozialismus". Zentralorgan der Partei und wichtigstes Agitationsinstrument ist die wöchentlich erscheinende "Rote Fahne" in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren. Die Zeitung und Flugblätter werden im parteieigenen Verlag "Neuer Weg Verlag und Druck GmbH" in Essen hergestellt.

Aktivitäten/ Beschlüsse des IV. Parteitages

Die MLPD führte Ende Dezember 1991/Anfang 1992 ihren 1V. Parteitag an einem geheimgehaltenen Ort durch. Die Delegierten bestätigten den aus Gelsenkirchen

stammenden bisherigen Vorsitzenden in seinem Amt. Sie beschlossen die Weiterentwicklung des Parteiprogramms, "um den Massen die grundsätzliche Gültigkeit des sozialistischen Auswegs besser aufzuzeigen" und schlugen darüber hinaus eine Neufassung des Parteistatuts vor.

Nach dem vorgelegten Entwurf soll sich die Partei "als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland verstehen". "Ihr grundlegendes Ziel" - so der Entwurf- "ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als

Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft." Weiterhin wurde eine "Resolution zum Parteaufbau im gesamt-nationalen Rahmen" verabschiedet.

Spendenkampagne abgeschlossen

Im Juni 1992 wurde die am 31. Dezember 1991 begonnene Spendenkampagne der MLPD abgeschlossen. Die Sammlung erbrachte angeblich 1,31 Mio. DM. Hiermit soll der Parteaufbau in den neuen Ländern unterstützt werden.



Festveranstaltung aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens

Am 20. Juni 1992 führte die MLPD in Düsseldorf eine Festveranstaltung unter dem Motto "Sozialismus wird siegen" aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens durch. Hieran nahmen nach Angaben der MLPD ca. 3.000 Personen, darunter Repräsentanten befreundeter kommunistischer Parteien und Organisationen aus dem Ausland teil.

Neuer Jugendverband "Rebell"

Die MLPD-Jugendorganisation "Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband" (MLSV) und der "Arbeiterjugendverband/ML" (AJV/ML) haben sich am 16./17. Mai 1992 zu einem neuen Jugendverband unter der Bezeichnung "Rebell" zusammengeschlossen. Die Delegierten der Gründungsversammlung folgten damit einem Beschluß des 1V. Parteitages der MLPD. Die MLPD verspricht sich von dieser Maßnahme eine bessere Kontrolle der Jugendarbeit. Als Sprachrohr ist ein Jugendmagazin mit dem Titel "Rebell" vorgesehen.

3.4.4 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Sitz: Köln
Mitglieder: ca. 300 Bund (1991: ca. 300)
ca. 120 NRW (1991: ca. 120)
Publikation: Sozialistische Zeitung (SOZ)

Die VSP ist 1986 aus dem Zusammenschluß der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD) mit der trotzkistischen Gruppe Internationale Marxisten (GIM) entstanden. Sie hat sich das Ziel gesetzt, eine "sozialistische, revolutionäre Partei zu schaffen, damit die Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse ihre Interessen gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat durchsetzen und die politische Macht nach einer revolutionären Umwälzung im Rahmen des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft ausüben kann". Die VSP will Sammelbecken aller revolutionär-marxistischen Kräfte sein und strebt daher eine Vereinigung mit anderen Gruppierungen der "Neuen Linken" an.

Agitation

In der "Sozialistischen Zeitung" wird von der Bundesrepublik Deutschland das Bild eines an imperialistischen Zielsetzungen orientierten Staates gezeichnet, in dem führende Politiker für rassistischen Terror und Neonazismus mitverantwortlich seien. Die VSP sieht die Bundesrepublik auf einem - durch die Politik geförderten - Weg zum Überwachungsstaat, in dem der Abbau demokratischer und sozialer Rechte systematisch vorangetrieben wird. Über Mitglieder der Partei versucht sie, in die Gewerkschaften hineinzuwirken, um Einfluß auf die Arbeitnehmerpolitik zu nehmen.

3.4.5 Marxistische Gruppe (MG)

Sitz: ehemals München
Fest eingebundene
Anhänger: zuletzt - 1991 - mehr als
10.000 Bund
zuletzt - 1991 - 350 NRW

MG macht offenbar weiter

Die in den 70er Jahren aus den ehemaligen "Roten Zellen" hervorgegangene revolutionär-marxistische MG hat sich im Mai 1991 selbst aufgelöst. Die Auflösung war offenkundig nicht endgültig. Bereits seit Mitte März 1992 erscheint die Schrift "GegenStandpunkt", die vom gleichnamigen Verlag mit Sitz in München vertrieben wird. Die Verantwortlichen für die Schrift sind als langjährige MG-Funktionäre bekannt.

Ferner wird eine jedermann zugängliche (Computer-) Mailbox betrieben, die die Texte des ehemaligen zentralen MG-Organs "MSZ-Marxistische Streit- und Zeitschrift, gegen die Kosten der Freiheit" von 1980 bis 1991 sowie der Schrift "GegenStandpunkt" zum Abruf bereit hält. Systembetreiber der Mailbox ist ein MGFunktionär.

Schulungsaktivitäten bzw. öffentliche Veranstaltungen der MG wurden 1992 in Nordrhein-Westfalen nicht bekannt.

4 Ausländerextremismus und -terrorismus

4.1 Entwicklungstendenz

In Nordrhein-Westfalen betrug die Zahl der organisierten ausländischen Extremisten Ende 1992 noch etwa 14 500 (1991: 20.000). Der starke Rückgang ist im wesentlichen auf den Niedergang orthodox-kommunistischer Beobachtungsobjekte zurückzuführen.

Einen Beobachtungsschwerpunkt unter den Türken bildeten die islamischen Fundamentalisten, die den revolutionären Sturz der türkischen Regierung und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates anstreben. Ihr Führer KAPLAN rief die "Föderalistische Islamische Republik" Türkei aus. Die hier seit 1983 verbotene DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke) verübte Gewaltakte gegen türkische Einrichtungen und rief sogar zur Ermordung von Ministerpräsident DEMIREL auf. Die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten propagierte den Guerillakrieg gegen den Heimatstaat. Darüber hinaus agitierten Anhänger der "Neuen Linken" gegen die Türkei und hetzten gegen die Bundesrepublik Deutschland. Schließlich lebten die Konfrontationen zwischen türkischen Linksextremisten und den "Grauen Wölfen" wieder auf.

Im Mittelpunkt der Beobachtung standen 1992 die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihre Nebenorganisationen, die ihren bewaffneten "Befreiungskampf" gegen die Türkei maßgeblich von deutschem Boden aus unterstützen. Nachdem die PKK ihren Guerillakrieg in der Türkei verschärft hat, antworteten die türkischen Sicherheitskräfte mit harten Gegenmaßnahmen. Darauf reagierten wiederum hier lebende PKK-Anhänger mit Gewaltakten gegen türkische Einrichtungen. Im Herbst führte die PKK - trotz Gegenmaßnahmen deutscher Behörden - Wahlen für ein "Kurdisches Nationalparlament" durch.

Zunehmend gewalttätig traten auch iranische Regimegegner in Erscheinung (Verwüstung der Iran-Botschaft in Bonn).

Der anhaltende Bürgerkrieg im Heimatland war Anlaß für zahlreiche Bedrohungen und Tötlichkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Als Folge der rechtsextremistischen Übergriffe nehmen Gewalttätigkeiten von Ausländern gegenüber Deutschen bedenklich zu. Türkische Linksextremisten rufen sogar zu Gegenschlägen auf. Auch diese Entwicklung bedarf sorgfältiger Beobachtung.

4.2 Türken

4.2.1 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADUTDF) - Türk Föderation -

Sitz: Frankfurt am Main

Mitglieder: rund 2.800

Ziel: *extrem nationale, zugleich strikt antikommunistische Ausrichtung des türkischen Staates*

Jahreskongreß der Nationalisten

Die Türk-Föderation, deren Anhänger besser als "Graue Wölfe" bekannt sind, hielt ihren 15. Jahreskongreß am 23. Mai 1992 in Düsseldorf ab. Unter den etwa 6.000 Teilnehmern befand sich Alparslan TÜRKES, der Führer der "Grauen Wölfe" aus der Türkei.

4.2.2 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (KAPLAN-Verband)

Sitz: Köln
Mitglieder: rund 1.500
Ziel: revolutionärer Sturz der türkischen Regierung und Errichtung eines islamischen Gottesstaates im Heimatland

KAPLAN ruft "Föderalistische Islamische Republik" Türkei aus

Vor mehr als 8.000 Anhängern berichtete Cemaleddin KAPLAN, Vorsitzender des nach ihm benannten islamisch-fundamentalistischen Verbandes, am 25. Oktober 1992 in der Kölner Sporthalle über die Gründung einer islamischen Exilregierung unter seiner Führung. In einer fanatischen Rede verdammt er alle weltlichen Regierungsformen, die ihre Gesetze selbst erstellen. Sie seien ungültig, denn nur der Koran könne und müsse als Gesetz anerkannt werden. Der Islam werde in absehbarer Zeit in der Türkei siegen und regieren und eines Tages die gesamte Welt beherrschen. Zur Verteidigung des Islams müßten alle Muslime auch mit Waffen umgehen können.

Damit bekräftigte KAPLAN seine politischen Äußerungen vom 18. April auf einer Veranstaltung in Koblenz, auf der er die "Föderalistische Islamische Republik" Türkei ausgerufen hat. Schon dort bezeichnete er die Gründung dieses "heiligen Koranstaates" als notwendig, weil die "unrechtmäßige, terroristische und kema- listische Regierung in Ankara" die Muslime nicht vertreten könne. Es sei die "Pflicht aller Muslime, diese Regierung zu beseitigen". Wer sich dieser Bewegung entgegenstelle, werde "vernichtet".

Während der Versammlung in Köln wurde ein Standbild ATATÜRKs von uniformierten jugendlichen Besuchern mit Maschinengewehr-Attrappen attackiert und gestürzt. Hierzu rief KAPLAN, so werde der Kemalismus zerstört.

4.2.3 DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke)

Sitz: Istanbul
Mitglieder: rund 150
Ziel: bewaffnete Revolution in der Türkei

Angriffe gegen türkische Einrichtungen

Aus Protest gegen das Vorgehen türkischer Sicherheitskräfte gegen Gesinnungs- genossen in der Türkei, bei dem es Tote gab, kam es in der zweiten Aprilhälfte 1992 bundesweit zu zum Teil gewalttätigen Aktionen der – seit 1983 in Deutsch- land verbotenen - DEVRIMCI SOL gegen türkische Einrichtungen. Am 21. April besetzten Anhänger in Dortmund eine Filiale der Pamuk-Bank und in Köln ein Bü- ro von Turkish Airlines, bei dessen Räumung vier Polizisten verletzt wurden.

Mordaufruf

In Gladbeck wurden im Juni 1992 mehrere Plakate der DEVRIMCI SOL bekannt, auf denen zur Tötung des türkischen Ministerpräsidenten DEMIREL aufgerufen wird.

4.2.4 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Sitz: Türkei
Mitglieder (einschl. Basisgruppen): rund 600
Ziel: bewaffnete Revolution im Heimatland

Aufruf zum Guerillakrieg

Nachdem sich die TKP/ML mit dem Ostanatolischen Gebietskomitee (DABK) wiedervereinigt hat, gab sie im April 1992 eine türkischsprachige "Presseerklärung" heraus. Darin heißt es (übersetzt):

"Unsere Partei ... ist entschlossen, den Guerillakrieg auf den Gipfel zu treiben und einen Aufstand zu beginnen.

Wir werden den Staat der kapitalistischen Ausbeuter und Herren (Anm.: gemeint ist die Türkei) stürzen und die Volksregierung errichten."

Spendenkampagne 1992

Ende September 1992 hat die jährliche Spendenkampagne der TKP/ML begonnen. Ein im Oktober herausgegebenes türkischsprachiges Flugblatt wirbt (übersetzt):

"Jeder gespendete Pfennig bedeutet ein Schuß Munition mehr. Jeder Schuß Munition bedeutet ein Schritt näher zum Ziel."

4.2.5 DEVRIMCI YOL (Revolutionärer Weg)

Sitz: Hannover
Mitglieder: rund 200
Ziel: linksrevolutionärer Umsturz in der Türkei



Waffenfund

Zwei Anhänger der DEVRIMCI YOL wurden im August 1992 in Kranenburg wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz festgenommen. In ihrem PKW fand die Polizei eine Maschinenpistole. Nach Angaben der beiden Türken sollte diese im "revolutionären Befreiungskampf" gegen die Türkei eingesetzt werden.

4.2.6 Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (DIDF)

Sitz: Gelsenkirchen
Mitglieder: rund 350
Ziel: kommunistische Gesellschaftsordnung im Heimatland

Solidarität mit dem Kurdenkampf

Auf einem von der DIDF veranstalteten "Solidaritätsfest" trafen am 12. September 1992 in Köln bis zu 7.000 Anhänger linksextremistischer Gruppen zusammen (u. a. DKP Köln, DEVRIMCI SOL, TKP/ML). Sie bekundeten ihre Unterstützung für den Kurdenkampf in der Türkei.

Europaweiter Sternmarsch

Vom 19. September bis 3. Oktober 1992 organisierte die DIDF unter dem Motto "Für gleiche Rechte – Gegen Rassismus und Faschismus" einen europaweiten Sternmarsch nach Straßburg und Brüssel. Der Marschweg der Nordgruppe führte von Hamburg aus quer durch Nordrhein-Westfalen. Hier gab es in zahlreichen Städten Kundgebungen. In Essen kam es infolge von Rangeleien und Sitzblockaden zu Störungen.

4.2.7 Sonstige Aktivitäten türkischer Linksextremisten

Türkische "Neue Linke" hetzt gegen die Bundesrepublik Deutschland

Im Zusammenhang mit der Einrichtung von Sammelunterkünften für Asylbewerber im Bundesgebiet verbreitete die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (Bolshevik) im Sommer 1992 Flugblätter mit der Überschrift "Ein neuer Schritt des deutschen imperialistischen Staates in Richtung innere Faschisierung". Darin heißt es:

- Fremden- und Ausländerfeindlichkeit seien deutsche Staatspolitik, und die "braune Pest" gehe vom Staat aus
- Nur durch gewaltsame Revolution und Zerschlagung der Grundlagen des imperialistischen deutschen Staates könne die Basis für Chauvinismus, Nationalismus und Rassismus eliminiert werden.

Auch wegen der Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte polemisierten Gruppen der türkischen "Neuen Linken" in Flugschriften gegen die Bundesrepublik Deutschland:

- BOLSEVIK PARTIZAN:
"Der deutsche Staat schürt die Pogromhetze."
- DIDF:
"Die faschistischen Schläger erfüllten nur ihre Pflicht als Handlanger der Kapitalisten."

4.2.8 Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Türken

Bundesweit lebten die Konfrontationen zwischen linksextremistischen Türken/Kurden und ihren extrem nationalen Landsleuten ("Graue Wölfe") wieder auf.

Protestaktionen rechtsgerichtete Landsleute

Aus Protest gegen eine am 6. Juni 1992 durchgeführte gegen "Kulturveranstaltung" des Türkisch-Islamischen Kultur- und Sportvereins e.V. in Duisburg - Mitglied der Türk-Föderation - besetzten am 5. Juni 1992 etwa 150 Türken und Kurden des linksextremistischen Spektrums das Duisburger Rathaus; daran schloß sich eine Spontandemonstration durch die Innenstadt an. Bei dem Umzug und am Veranstaltungstag verteilte ein "Antifaschistisches Komitee", hinter dem sich die TKP/ML Duisburg verbergen dürfte, folgende Flugblätter:

"Stoppt die Veranstaltung der türkischen Faschisten!"

"Duisburger Polizisten schützen die Faschisten!"

Im Umkreis der Tagungsstätte nahm die Polizei 13 Personen fest und stellte Schlagwerkzeuge und eine Tränengas-Spraydose sicher.

Als am 2. Dezember 1992 in Köln türkische Nationalisten Plakate für eine Kulturveranstaltung klebten, griffen linksextremistische Landsleute sie mit Schlagstöcken, Messern und Schußwaffen an. Mehrere Personen wurden verletzt, eine davon lebensbedrohlich.

4.3 Kurden

4.3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Sitz der Europavertretung: vermutlich Köln

Mitglieder (einschließlich

Nebenorganisationen): rund 800

Ziel: Errichtung eines
eigenständigen Kurdenstaates

"Befreiungskampf" gegen die Türkei

Die marxistisch-leninistisch ausgerichtete PKK verfolgt ihr Ziel, indem sie einen bewaffneten "Befreiungskampf" gegen die Türkei führt. Maßgebliche Unterstützung (Propagierung, Finanzierung, Rekrutierung von Kämpfern) erhält sie dabei von ihren Anhängern in Deutschland. Der türkische Staat geht seinerseits militärisch gegen die PKK vor. Diese Auseinandersetzung bestimmt das Verhalten der Partei und ihrer Nebenorganisationen. Mit einer Fülle von Publikationen und zum Teil gewaltsamen Aktionen traten sie 1992 öffentlich in Erscheinung; daneben betätigten sie sich ständig auch konspirativ.

Gewaltaktionen gegen türkische Einrichtungen

Mit dem kurdischen Neujahrstag (NEWROZ) begannen am 21. März 1992 im Südosten der Türkei der von der PKK initiierte kurdische "Volksaufstand" wie auch die angekündigten Angriffe des türkischen Militärs gegen die PKK-Guerilla. Aus diesen Anlässen kam es in Deutschland vor allem in den Monaten März, August und Oktober 1992 zu größtenteils gewaltsamen PKK-Aktionen gegen türkische Einrichtungen (Konsulate, Banken, Reisebüros u. a.). Hervorzuheben sind

- *die Ausschreitungen am 24. März gegen das türkische Generalkonsulat in Münster (Ermittlungsverfahren gegen 164 Kurden wegen Landfriedensbruchs)*

- *das Eindringen in den nordrhein-westfälischen Landtag am selben Tag (Bannmeilenverletzung)*
- *der Brandanschlag auf das türkische Generalkonsulat am 25. August in Münster*
- *der Selbstmordversuch eines jungen Kurden nach einer Protestdemonstration am 26. August in Bonn (5.000 Teilnehmer)*
- *das Eindringen mutmaßlicher PKK-Anhänger in türkische Banken in Bonn, Düsseldorf, Köln, Krefeld und Wuppertal am 14. Oktober 1992. Mit Schlagwerkzeuge wurde das Inventar zertrümmert.*

An Protest- und Solidaritätskundgebungen im April 1992 gegen den "Terror der Türkei in Kurdistan" nahmen außer PKK-Anhängern auch linksextremistische Türken und Deutsche teil.

Internationales Kurdistan Festival

Zu einem "Internationalen Kurdistan-Festival", organisiert von der PKK-Künstlerorganisation HUNERKOM, kamen am 1. August 1992 im Bochumer Ruhrstadion über 25.000 PKK-Anhänger aus Europa zusammen. Neben kulturellen Beiträgen wurden politische Ansprachen gehalten. Mehrere Redner lobten den Guerillakampf der PKK. Ein Kommandant der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK = militärischer Arm der PKK im Heimatland) führte aus, daß man vom Guerillaeinsatz weg und hin zu einer offiziellen Volksarmee kommen müsse; jede kurdische Familie müsse mindestens einen Sohn in die kurdische und nicht in die türkische Armee schicken. Auf einer Großleinwand wurde eine Videoansprache des PKK-Führers ÖCALAN übertragen. Im Stadion waren PKK-Fahnen sowie Transparente mit folgenden Parolen angebracht:

- *"Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan"*
- *"Einstellung der Militärhilfe für die Türkei"*
- *"Es lebe die Kurdische Arbeiterpartei"*

PKK-Prozesse

Am 29. Oktober 1992 hat der 7. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf ein Strafverfahren gegen zwei ehemalige PKK-Funktionäre eröffnet. Ihnen wird Mord, Freiheitsberaubung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Die Prozeßmaterie ist eng mit dem seit 1989 vor dem 5. Strafsenat des Gerichts anhängigen PKK-Verfahren verwoben. In diesem Prozeß wurde Anfang Oktober einer der Angeklagten freigesprochen. Ihm konnte nicht nachgewiesen werden, an der Ermordung eines abtrünnigen Parteimitglieds beteiligt gewesen zu sein.

In einem anderen Strafverfahren hat das Oberlandesgericht Celle am 30. Juni 1992 mehrere PKK-Funktionäre rechtskräftig zu überwiegend langjährigen Haftstrafen wegen (schwerer) Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung bzw.

Urkundenfälschung verurteilt. Sie sind somit überführt, PKK-Dissidenten 1988 gewaltsam vor ein "Volksgericht" der Partei in Köln verbracht zu haben.

Auch vor dem Oberlandesgericht Stuttgart ist am 23. September 1992 ein Strafprozeß gegen ein ehemaliges PKK-Mitglied eröffnet worden. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, im Sommer 1987 gemeinsam mit einem Gesinnungsgenossen ein abtrünniges Parteimitglied in den Raum Köln gelockt und es dort getötet zu haben. Die skelettierte Leiche des Ermordeten wurde im Februar 1990 in der Nähe von Wipperfürth gefunden.

Wahlen zum "Kurdischen Nationalparlament"

Seit Mitte Oktober 1992 riefen die PKK und ihre Nebenorganisationen die 700.000 Kurden in Europa zu Wahlen für ein "Kurdisches Nationalparlament" auf. Das Bundesministerium des Innern (BMI) untersagte am 20. November dem maßgeblichen PKK-Organisator jegliche Wahlunterstützung, weil sie eine unzulässige Anmaßung hoheitlicher Tätigkeit auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland darstellt. Ungeachtet dessen wählten vom 20. bis 22. November rund 88.000 Kurden in 35 westeuropäischen Wahlbezirken insgesamt 153 Delegierte; davon stammen 26 aus den Räumen Bielefeld, Bonn, Duisburg, Hagen und Köln. Obwohl gegen die Wahlmänner auf Veranlassung des BMI bundesweit ausländerrechtliche Maßnahmen eingeleitet wurden, fand am 19./20.-Dezember 1992 in Gießen die zweite Wahlphase statt. Aus den Reihen der Delegierten wurden 15 "Parlamentsabgeordnete" bestimmt.

4.3.2 Kurdistan-Komitee in der BRD e. V.

Sitz: Köln

Drohung gegen deutsche Einrichtungen in der Türkei

Das Kurdistan-Komitee, das Öffentlichkeitsarbeit für die PKK leistet, verbreitete Anfang Februar eine Erklärung der ARGK vom 27. Januar 1992 an die europäische Öffentlichkeit. Die Erklärung verweist auf die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei und bezichtigt die Bundesregierung der Mittäterschaft in dem "Spezialkrieg", den die Türkei gegen das kurdische Volk führe. Daran schließt sich die Drohung an:

"Da die deutsche Regierung in diesem Krieg Partei ergriffen hat, ist die Einbeziehung der sich in der Türkei und Kurdistan befindenden deutschen Einrichtungen und Institutionen in das Feld der Angriffsobjekte die unumgängliche Regel dieses Krieges."

Das BMI hat am 18. Mai 1992 das Kurdistan-Komitee aufgefordert, das (als Anmaßung staatlicher Autorität zu beurteilende) Anbieten von "Visa für Kurdistan" sowie die Gewaltandrohungen gegen deutsche Einrichtungen in der Türkei umgehend einzustellen; anderenfalls würden Maßnahmen nach § 14 Vereinsgesetz ergriffen.

Warnung vor "Todesschwadronen" und "Telefonterror" der Türkei

Am 2. September 1992 wendet sich das Kurdistan-Komitee mit der Presseerklärung "Türkische Todesschwadronen auf dem Boden der BRD!" gegen den angebli-

chen Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei vom 27. August 1992, künftig die Führer der PKK im In- und Ausland mit "israelischen Methoden" zu verfolgen. In einer weiteren Pressemitteilung vom 3. September "enthüllt" es das Drohschreiben einer Organisation "Islamischer Krieg/Islamische Faust" gegen den hier lebenden türkischen Schriftsteller und Journalisten Selim CÜRÜKKAYA, der sich für die Unabhängigkeit Kurdistans einsetzt. Schließlich behauptet das Komitee (Presseerklärung vom 12. September 1992), staatstreue türkische Medien hätten zum "Telefonterror" gegenüber der PKK und kurdischen Institutionen unter anderem in Deutschland aufgerufen und deren Fernsprechnummern veröffentlicht. In diesen Bedrohungen der PKK sieht das Kurdistan-Komitee bereits die Umsetzung des Beschlusses des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei.

4.3.3 Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)

Sitz der Europavertretung: vermutlich Köln

Als politischer Zweig der PKK propagiert die ERNK die Ziele der Partei.

Protest gegen deutsche Waffenlieferungen

In einer Erklärung vom 4. Juni an die deutsche Öffentlichkeit (abgedruckt im "Kurdistan-Rundbrief" vom 19. Juni 1992) verurteilt die ERNK die von der Bundesregierung beabsichtigte Wiederaufnahme von Waffenlieferungen an die Türkei auf das Schärfste:

"Lassen Sie nicht zu, daß Ihre Steuergelder für die Ermordung des kurdischen Volkes mißbraucht werden!"

4.4 Iraner

4.4.1 Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V. (IMSV)

Sitz: Köln
Mitglieder: rund 300
Ziel: Sturz des Mullah-Regimes im Iran

In der IMSV sind die marxistisch-islamisch ausgerichteten Volksmodjahedin organisiert, die in schärfster Opposition zum Heimatregime stehen. Sie unterhalten im Irak eine eigene "Nationale Befreiungsarmee" (NLA).

Gewaltaktion gegen iranische Botschaft in Bonn

Auf den Angriff iranischer Kampfflugzeuge auf den NLA-Stützpunkt im Irak reagierten die Volksmodjahedin mit Gewalt. Am 5. April 1992 besetzten sie in einer konzertierten Aktion weltweit diplomatische Vertretungen des Iran und richteten Schäden an. Am schwersten betroffen war die iranische Botschaft in Bonn. Etwa 50 Personen drangen in die Botschaft ein und zerstörten die Einrichtungen in allen ihnen zugänglichen Räumen. Bei der polizeilichen Räumung wurden 5 Beamte, 6 Botschaftsangehörige und 3 Besetzer verletzt; 39 Personen wurden vorläufig festgenommen.

KURDISTAN REPORT
August 1992
Nr. 49
Preis: 3,- DM
Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

**Boykottiert den Tourismus
in die Türkei!**

Massaker in Kurdistan
ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans)

Etwa 100 regimetreue Iraner, überwiegend Anhänger der islamisch-extremistischen Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.), Sitz Aachen, demonstrierten am 11. April auf dem Bonner Marktplatz gegen die Bottschaftsverwüstung.

Protest gegen Besuch des iranischen Außenministers

Gegen den Deutschland-Besuch des iranischen Außenministers VELAYATI (14. bis 16. Juli 1992) richteten sich bereits im Vorfeld zahlreiche Protestkundgebungen oppositioneller Landsleute. Am 15. Juli versuchten Angehörige der IMSV, in Bonn die Wagenkolonne des Ministers aufzuhalten. Im weiteren Verlauf bewarfen IMSV-Anhänger den Fahrzeugkonvoi mit Eiern. Die Polizei nahm mehrere Personen fest und leitete Ermittlungsverfahren ein.

4.4.2 Ermordung iranischer Kurden in Berlin

Am 17. September 1992 wurden vier iranische (kurdische) Exilpolitiker in einer Berliner Gaststätte erschossen. Der Anschlag wurde von allen kurdischen Organisationen - mit Ausnahme der PKK - heftig verurteilt. Die Volksmodjahedin Iran beichtigten in Presseerklärungen offizielle iranische Stellen der Urheberschaft.

Tatverdächtige festgenommen

Aufgrund eines Hinweises wurden am 4. Oktober 1992 in Rheine zwei tatverdächtige Libanesen festgenommen. Bei Durchsuchungen in Berlin und Rheine stellte die Polizei umfangreiches Beweismaterial sicher. Inzwischen erfolgten weitere Festnahmen, darunter die eines Iraners.

4.5 Islamische Extremisten

Demonstration gegen Israel

Am 28. März 1992 veranstalteten mehrere islamisch extremistische Organisationen in Bonn eine Großdemonstration zum "Jerusalemtag" (letzter Freitag im Fastenmonat Ramadan), der von Ayatollah KHOMEINI als Tag der Hoffnung auf die Befreiung Jerusalems vom Zionismus und als Zeichen der Solidarität der Muslime mit dem palästinensischen Volk eingeführt wurde. Etwa 3.000 Muslime unterschiedlicher Nationalität nahmen teil, darunter Anhänger der türkischen "Islamischen Bewegung", der iranischen U.I.S.A. und der libanesischen HIZB ALLAH.

Erstmalig zeigten Transparente die Staatsfarben des iranischen Revolutionsregimes als Symbol der islamischen Weltbewegung. Israel wurde in Flugblättern vorgeworfen, gleichbedeutend für "Illegitimität, Staatsterror, Rassismus, Aggression, Expansionsstreben und Leid" zu stehen. Einige Teilnehmer verbrannten eine israelische Fahne.

4.6 Auswirkungen des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien

Überfall auf serbischen Verein

Unter den Angehörigen verschiedener Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien lösten der Krieg - in Kroatien und Bosnien-Herzegowina sowie die Spannungen zwischen Serben und Albanern im Kosovo zahlreiche gegenseitige Be-

drohungen und Tötlichkeiten aus. Das zahlenmäßig stärkste Aufeinandertreffen ereignete sich im September 1992 in Harum, wo etwa 40 bosnische Muslime und vermutlich türkische Jugendliche wiederholt einen serbischen Verein überfielen. Sie waren mit Schlag- und Stichwaffen ausgerüstet, begingen Sachbeschädigungen und stießen Morddrohungen gegen die Serben aus.

4.7 Strafverfahren gegen IRA-Aktivisten

Nach 132 Verhandlungstagen endete am 4. Juni 1992 der erste deutsche Prozeß gegen mutmaßliche Aktivisten der Irischen Republikanischen Armee (IRA). Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte einen Angeklagten wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und gegen das Waffengesetz zu zweieinhalb Jahren Haft. Auf Ersuchen erfolgte seine Auslieferung an Großbritannien. Ein mutmaßlicher Komplize war kurz zuvor an die USA ausgeliefert worden. Beiden Angeklagten war eine Beteiligung an Terroranschlägen der IRA nicht nachzuweisen.

Vor demselben Gericht hat am 26. Oktober 1992 ein Strafverfahren gegen drei weitere mutmaßliche IRAMitglieder begonnen. Sie sind angeklagt, im Mai 1990 einen Sprengstoffanschlag auf eine britische Kaserne in Hannover verübt und im Juni 1990 in Dortmund einen britischen Major ermordet zu haben.

4.8 Linksextremistische Ausländer solidarisieren sich mit peruanischer Terrororganisation

Protestaktionen

Aus Anlaß der Verhaftung und Verurteilung von Abimael GUZMAN, Führer der Terrorgruppe "Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) in Peru, führten Anhänger linksextremistischer Ausländerorganisationen seit Herbstbeginn 1992 eine Reihe von Protestaktionen auch in Nordrhein-Westfalen durch. Am 2. Oktober blockierten etwa 150 Sympathisanten des "Leuchtenden Pfades" in Köln den Zugang zum Privatsender RTL. Sie richteten Schäden im Foyer an und verletzten einen RTL-Mitarbeiter.

Versuchte Botschaftsbesetzung

Starke Polizeipräsenz verhinderte eine Besetzung der peruanischen Botschaft in Bonn, die TKP/ML-Anhänger für den 7. Oktober 1992 geplant hatten. Die demonstrierenden Ausländer verbrannten vor den Botschaften der USA und Perus Nationalflaggen der

Vereinigten Staaten und verteilten Flugblätter. Darin heißt es, die US-Imperialisten und deren Handlanger in Peru konnten zwar den großen GUZMAN festnehmen, würden es aber nie schaffen, dessen Ideen an die Kette zu legen.

4.9 Gewaltsame Reaktionen von Ausländern auf rechtsextremistische Übergriffe

Auf die Welle rechtsextremistischer Übergriffe reagieren (hauptsächlich jugendliche) Ausländer zunehmend mit Gewalt. So kam es im November in Duisburg, Herthen und Schwalmatal und im Dezember 1992 in Duisburg, Ennigerloh, Langenfeld und Wuppertal zu Angriffen zumeist türkischer Gruppen auf Deutsche mit zum Teil

gefährlichen Körperverletzungen. Bisher ließen sich die beteiligten Ausländer nicht bestimmten Organisationen zuordnen.

Die linksextremistische türkische Gruppe DEVRIMCI ISCI (Revolutionärer Arbeiter) propagiert in ihrer gleichnamigen Publikation (Sonderausgabe) von November 1992 den "militanten Kampf". "Alle antifaschistischen, revolutionären Kräfte" werden aufgefordert, "den neofaschistischen Terror ... zurückzuschlagen".

5 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten

5.1 Ausgeführte Gewalttaten

Im Jahre 1992 wurden von den Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen 699 vollendete oder versuchte Gewalttaten gemeldet (1991: 349 Fälle).

Im einzelnen (entsprechende Vorjahreswerte in Klammern):

0	(1)	Mordanschlag
3	(-)	Totschlagsdelikte*
0	(2)	Sprengstoffanschläge
138	(126)	Brandanschläge
206	(-)	Körperverletzungsdelikte*
0	(7)	gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr
352	(213)	gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen.

Der Schwerpunkt der Gewalttaten liegt mit 515 Fällen im zweiten Halbjahr (erstes Halbjahr: 184 Fälle).

Weiterer Anstieg politisch motivierter Gewalttaten

Die 699 Gewalttaten sind mit der Vorjahreszahl (349 Fälle) nicht vergleichbar, weil neue Fallgruppen, Körperverletzungsdelikte (206 Fälle) und Totschlagsdelikte (3 Fälle), aufgrund der aktuellen Lageentwicklung in den Bericht aufgenommen wurden. Ohne Berücksichtigung der neuen Fallgruppen wäre mit 490 Gewalttaten ein Anstieg um über 40 % zu verzeichnen.

Totschlagsdelikte

Terroristische Mordanschläge ereigneten sich 1992 nicht. Die drei Totschlagsdelikte umfassen eine vollendete und zwei versuchte Straftaten. Der vollendete Totschlag wurde von zwei erheblich unter Alkoholeinwirkung stehenden Skinheads nach einem Zechgelage in der Nacht zum 13. November 1992 zum Nachteil eines 53jährigen Wuppertaler Bürgers begangen. Nach einem Schußwaffenanschlag am 6. September 1992 in Alfter auf ein Asylbewerberwohnheim und nach einer von bewaffneten Skinheads ausgelösten größeren Schlägerei am 19. Dezember 1992 in Düren, in deren Verlauf ein Skinhead mit einem Morgenstern im Brustbereich verletzt wurde, sind Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags eingeleitet worden.

Brandanschläge

Bei der Mehrzahl der registrierten 138 Brandanschläge handelt es sich um versuchte Straftaten und Ereignisse mit geringem Schadensaufkommen. 108 Brandanschläge wiesen fremdenfeindliche Motive auf und waren vornehmlich gegen Asylbewerberwohnheime gerichtet. Überwiegend dürfte es sich bei diesen Anschlägen um spontane Aktionen örtlicher Täter gehandelt haben. Eine Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen ist nicht erkennbar. Den zeitlichen Schwerpunkt dieser Anschläge, wie auch der anderen fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten, bildeten die Monate September bis Dezember, wobei nach den Ausschreitungen in Rostock vom 22. bis 28. August 1992 der Höchststand mit 35 Brandanschlägen im Monat September zu verzeichnen war. Neun dieser 108 An-

schläge ließen eindeutige rechtsextremistische Bezüge erkennen. In drei Fällen wurden jüdische Einrichtungen angegriffen. Hierbei lagen sowohl antisemitische als auch fremdenfeindliche Motive vor. Weitere vier Brandanschläge gegen Objekte von Parteien/Vereinigungen wurden von einem rechtsextremistischen Täter ausgeführt. Somit konnte bei insgesamt 13 Straftaten eine rechtsextremistische Motivation nachgewiesen werden.

Die Ermittlungen ergaben, daß von den 138 Brandanschlägen elf Straftaten dem militanten linksextremistischen/autonomen Spektrum (davon sieben Fälle im Rahmen des sogenannten Antifaschismuskampfes gegen Gebäude/Treffpunkte von rechtsgerichteten Personen/Vereinigungen) zuzurechnen sind.

Acht Brandanschläge wurden von ausländischen Tätern/Gruppierungen begangen. Sechs dieser acht Anschläge wurden von kurdischen und türkischen Extremisten als Protestaktionen auf die Ereignisse in der Türkei/ Kurdistan verübt.

Die restlichen Straftaten boten bislang keine ausreichenden Fakten für eine konkrete Zuordnung.

Körperverletzungsdelikte

Die 206 registrierten Körperverletzungsdelikte verdeutlichen das Ausmaß der gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die erhebliche Gewaltbereitschaft gerade bei Straftaten mit fremdenfeindlicher Motivation wird auch durch 156 gemeldete Körperverletzungen zum Nachteil von Ausländern/Asylbewerbern (Vorjahr: 77 Fälle) belegt. Ein weiteres Spannungs-/Konfliktfeld mit ansteigender Gewaltbereitschaft deutet sich unter den Vorzeichen des "Antifaschismus" bei der Konfrontation zwischen linkem und rechtem Spektrum an. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen wurden insgesamt 27 Körperverletzungen registriert. Weitere 23 Fälle der politisch motivierten Körperverletzungsdelikte wurden von Ausländern begangen, überwiegend zum Nachteil der Skinheads.

Gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen

Der Anstieg in der Fallgruppe "Gewalttätige Aktionen gegen Objekte und Sachen" auf 352 (1991: 213) ist ebenfalls hauptsächlich auf fremdenfeindlich motivierte Straftaten gegen Ausländer-/Asylbewerberwohnheime zurückzuführen.

Von Angehörigen des militanten autonomen/linksextremistischen Spektrums sind zu den Themenbereichen "Antifaschismus/Asylpolitik" 23 Straftaten, "Kampagne 92 gegen den Münchener Weltwirtschaftsgipfel bzw. Kolonialismus" etc. sieben Straftaten und "Hausbesetzung" fünf Straftaten durchgeführt worden.

Die Ausschreitungen kurdischer/türkischer Extremisten gegen türkische Einrichtungen (21 Fälle) stehen im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen im Heimatland.

Die Straftaten dieser Fallgruppe wurden wie 1991 überwiegend durch Einwerfen von Fensterscheiben und Beschädigungen an Eingangstüren verübt.

* Fallgruppen wurden erstmals aufgenommen.

5.2 Angedrohte Straftaten

Zahl der angedrohten Straftaten stieg deutlich an

1992 registrierten die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen 506 anonym fernmündlich oder schriftlich angedrohte Straftaten, bei denen ein politisches Motiv erkennbar war oder behauptet wurde. Berücksichtigung fanden hierbei nur Ereignisse mit ernstzunehmenden Tatumständen. Gegenüber 1991 (296 Fälle) liegt ein deutlicher Anstieg um mehr als 70 % vor. Insbesondere die vieldiskutierte Asyl-/Ausländerthematik erwies sich auch hier als zentraler und vielschichtiger Auslöser für Drohungen mit fremdenfeindlicher Intention. Die Drohungen erfolgten nicht nur zum Nachteil von Asylbewerbern/Ausländern, sondern wurden im zweiten Halbjahr auch zunehmend gegen Privatpersonen gerichtet, die sich in der Öffentlichkeit als Asylbefürworter engagierten.

“Bombendrohungen”

In 99 Fällen handelt es sich um sogenannte Bombendrohungen, die in ihrer Mehrzahl gegen Wohnungen von Asylbewerbern/Ausländern, öffentliche Einrichtungen, Industrie- und Wirtschaftsunternehmen sowie militärische Objekte gerichtet waren.

Sonstige Bedrohungen

Bei den 407 Fällen sonstiger Bedrohungen waren vorwiegend Asylbewerber/Ausländer, Privatpersonen, ausländische Einrichtungen/Unternehmen sowie Geschäftsbetriebe, Parteien und Personen des öffentlichen Lebens (Politiker) betroffen, wobei die Bedrohungen gegen die Asylbewerber/Ausländer mit 198 Fällen den eindeutigen Schwerpunkt bildeten.

Insgesamt wurden 1992 von den Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen 1 707 fremdenfeindliche Straftaten registriert. Darin enthalten sind auch die gewaltfreien Delikte (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, Bedrohungen DD.), die die Masse der Straftaten ausmachen, und die Taten, bei denen eine politische Motivation nicht belegbar ist.

6 Spionageabwehr

6.1 Nachrichtendienste der ehemaligen DDR

Die aufgelösten Nachrichtendienste der ehemaligen DDR werden auch nach Ablauf des Jahres 1992 Kräfte des Verfassungsschutzes binden. Eine besondere Rolle spielt dabei die aus der Weitergabe von MfS-Erkenntnissen an das ehemalige KGB resultierende Gefahr.

Suchmaßnahmen, Verfolgung von Hinweisen

Arbeitsschwerpunkte waren 1992 Suchmaßnahmen zur Ermittlung von Personen, die unter falscher Identität nach Nordrhein-Westfalen eingeschleust worden sind und die Verfolgung von Hinweisen ehemaliger "Hauptamtlicher" auf "Inoffizielle Mitarbeiter" (IM) des ehemaligen MfS. Diese Hinweise sind häufig so wenig konkret, daß Ermittlungsverfahren erst nach zusätzlichen Ermittlungen der Verfassungsschutzbehörden eingeleitet werden können.

1992 sind 16 Fälle zur Strafverfolgung an den Generalbundesanwalt abgegeben worden.

6.2 Östliche Nachrichtendienste

6.2.1 Russische Nachrichtendienste

- *Auslandsaufklärungsdienst (SWR)*
- *Militärischer Nachrichtendienst (GRU)*

Die nachrichtendienstliche Nomenklatura der ehemaligen Sowjetunion nutzt die Liberalisierung und den Aufbau der Marktwirtschaft, um beispielsweise in der Wirtschaft in Positionen zu schlüpfen, die einer Fortsetzung nachrichtendienstlicher Aktivitäten eine hervorragende Tarnung bieten. Die Annahme nachrichtendienstlicher Hintergründe drängt sich auf, wenn betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten die Gründung bzw. Existenz von Unternehmen und deren Personalbesetzung allein nicht erklären.

Trotz Vereinbarung einer Kooperation in den Bereichen Rauschgiftbekämpfung und Verfolgung der organisierten Kriminalität sowie des illegalen Technologietransfers bleibt die erklärte Absicht, die High-Tech-Forschung und -Industrie auszuspiionieren und Finanzierungs- und Entwicklungshilfe-Institutionen zu unterwandern.

Die mit nachrichtendienstlichem Know-how im Rahmen wirtschaftlicher Betätigung betriebene Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage wird an Bedeutung gewinnen, der Tatbestand der geheimdienstlichen Agententätigkeit aufgrund der veränderten Strukturen und verfeinerten Arbeitsweise aber noch schwerer nachzuweisen sein.

Dabei können SWR und GRU auf Unmengen von Dossiers zurückgreifen, die das MfS bis zu seiner Auflösung an das ehemalige KGB geliefert hat.

Dazu gehören allein 66 500 personenbezogene Datensätze zur Speicherung in das beim ehemaligen KGB installierte Computersystem Soud, dem neben der DDR und der UdSSR im wesentlichen die Staaten angehörten, die in dem früheren Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossen waren.

6.2.2 Sonstige östliche Nachrichtendienste

Die Nachrichtendienste der früheren Satelliten-Staaten, mit Ausnahme Rumäniens, sind zu einer eher westlichen Arbeitsweise übergegangen oder stehen diesbezüglich im Umbruch.

Auf dem Gebiet des ehemaligen Staates Jugoslawien unterhalten die Serben den

- *Serbischen Inlandsnachrichtendienst*
(*Republički Savezui Sluzba za Drzava Bezbednosti - RSDB*)

und den

- *Serbischen militärischen Abwehrdienst*
(*Kontra Obavestajna Sluzba - KOS*).

6.3 Nachrichtendienste Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens

6.3.1 Iran

Die Aufklärung orientierte sich an hier feststellbaren nachrichtendienstlichen Bemühungen Irans, Libyens und Iraks.

Der Iran unterhält die Nachrichtendienste

- *Ministerium für die Information und Sicherheit der islamischen Revolution*
(*MOIS*) mit den Aufgaben eines Abwehrdienstes
- *Islamisches Revolutionsgardecorps (IRGC), operativ arbeitender Nachrichtendienst mit Auslandszuständigkeit*
- *Militärischer Nachrichtendienst.*

Den iranischen Nachrichtendiensten zuzuordnendes Personal ist an den diplomatischen Vertretungen Irans tätig und bei einigen iranisch beherrschten Firmen auszumachen.

Konkrete Hinweise auf nachrichtendienstlich-gesteuerte sensitive Exporte haben sich 1992 nicht ergeben. Es ist jedoch bekannt, daß der Iran, der sich als islamische Großmacht mit Führungsanspruch versteht, am Aufbau von Kernforschungseinrichtungen mit dem Ziel arbeitet, den gesamten Kernbrennstoffkreislauf zu beherrschen und damit die Fähigkeit zu besitzen, nukleare Sprengköpfe herzustellen.

In diese Bemühungen ist nachrichtendienstliches Personal einbezogen. Andere nachrichtendienstliche Aktivitäten beziehen sich auf die politische Opposition im Ausland.

6.3.2 Libyen

Libyen unterhält ebenfalls mehrere Nachrichtendienste und das Büro des Revolutionskomitees, das ebenfalls nachrichtendienstliche Aufgaben wahrnimmt:

- *Volkssekretariat für äußere Sicherheit*
Zuständig für Auslandsaufklärung und Sonderoperationen im Ausland
- *Volkssekretariat für innere Sicherheit*
Sicherheits-/Abwehrdienst mit regionaler Gliederung
- *Militärischer Nachrichtendienst*
Dem militärischen Nachrichtendienst obliegt auch die Beschaffung von Gütern, die Ausfuhrbeschränkungen unterliegen
- *Büro für Export der Revolution*
Verbreitung der Ideologie/„Öffentlichkeitsarbeit“
- *Büro des Revolutionskomitees*
Zuständig für die Durchsetzung der Ideologie mit allen Konsequenzen und gebotenen Mitteln.

Die libyschen Nachrichtendienste nutzen die offiziellen Vertretungen und die zahlreichen in libyschem Besitz befindlichen Firmen und Beteiligungsgesellschaften als Operationsbasen.

6.3.3 Irak

Die bedeutendsten Nachrichtendienste Iraks sind

- *Irakischer Intelligence Service (IIS)*
Zuständig für militärische, politische, spezielle nachrichtendienstliche und technische Angelegenheiten sowie Gegenspionage einschließlich Auslandsaufklärung
- *Militärischer Nachrichtendienst Directorate of Military Intelligence (DMI)*
Zuständig für Gegenspionage und Abwehrmaßnahmen innerhalb des Irak, militärische und zivile Sicherheit, Sicherstellung des Nachrichtenwesens sowie u. a. der Auslandsaufklärung.

Auch der Irak nutzt seine diplomatischen Vertretungen als nachrichtendienstliche Stützpunkte. Anhaltspunkte, daß ehemalige irakische Staatsangehörige, die inzwischen eingebürgert sind, mit dem irakischen Nachrichtendienst in Verbindung stehen, liegen vor. Die Sachverhalte werden zur Zeit geprüft.

Ein Beziehungsgeflecht zur Beschaffung sensitiver Güter reicht auch nach Nordrhein-Westfalen.

6.4 Atomschmuggel/Proliferation von Vernichtungspotential

Bei den bisher in der Bundesrepublik Deutschland bekanntgewordenen Fällen von Atomschmuggel hat das Strahlungsrisiko für den Transporteur im Vordergrund gestanden. Die öffentliche Bestätigung des Chefindgenieurs der atomaren Wiederauf-

bereitungsanlage MAJAK bei Scheljabinak, es könnten aufgrund von Unbeständigkeiten in der Firmenkalkulation alle drei Monate bis zu 30 Pfund wiederaufbereitetes Plutonium, genug für zumindest eine Atombombe, verschwinden, ohne daß die Manager davon erführen, zeigt jedoch weitere erhebliche Risiken auf.

Durch ökonomischen Niedergang und drohenden Zerfall der staatlichen Ordnung in einigen Nachfolgestaaten der UdSSR wächst die Besorgnis vor einer unkontrollierten Weiterverbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Kampfstoffe und Trägerwaffen sowie des entsprechenden Wissens.

Angesichts der Aufrüstungsbestrebungen der südlich an das Gebiet der ehemaligen UdSSR angrenzenden Staaten ergibt sich daraus eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Völker.

Hinweise und Beratung von Bürgern

Die Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen berät in klärungsbedürftigen Angelegenheiten und nimmt einschlägige Hinweise, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, entgegen:

Innenministerium Nordrhein-Westfalen

- Abteilung VI -

Haroldstraße 5

40213 Düsseldorf

Telefon (0211) 8 71-2821.

7 Maßnahmen im Bereich des Justizministeriums

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wie schon in den Vorjahren, auch 1992 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt worden. Eine erhebliche Zunahme ist dabei insbesondere hinsichtlich der Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten zu verzeichnen.

7.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind 1992 insgesamt 2.358 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1992 ist in 233 Verfahren gegen 414 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 219 Personen; acht Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 70 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

7.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften 1992 insgesamt 475 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1992 ist in 67 Verfahren gegen 83 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. 49 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 41 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

Anlage: Entwicklung des NADIS-Datenbestandes

Innenministerium NRW

Abt. Verfassungsschutz

Entwicklung des NADIS-Datenbestandes

